

UNI-REPORT

23. Januar 1975

JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT FRANKFURT

Jahrgang 8 / Nr. 2

Anhörung vor großem Publikum

Nach drei Stunden wurde am 15. Januar die Anhörung der vier in die engere Wahl gezogenen Präsidentenkandidaten wegen lautstarken und anhaltenden Tumults abgebrochen. Zu der Anhörung während einer gemeinsamen Sitzung von Konvent und Senat der Universität Frankfurt waren rund 1200 Zuhörer in den Hörsaal V gekommen. Zunächst gab jeder der vier Kandidaten, Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, Dipl.-Volkswirt Rudolf Mayer, Dr. Herwig Scholz und Kanzler Achaz von Thümen ein Statement ab. Diese Statements sind auf den folgenden Seiten abgedruckt.

Anschließend sollten die Konvents- und Senatsmitglieder Gelegenheit haben, an die Kandidaten Fragen zu stellen. Dem zuvor kamen jedoch einige Studenten, die die Gelegenheit nutzten, vor einem großen Publikum zugunsten des kommunistischen Hochschullehrers, Prof. Dr. Gerhard Schneider, Fachbereich Neuere Philologien, zu agitieren. Prof. Schneider, so ihr Vorwurf gegen die Universitätsleitung, stehe wegen seiner politischen Überzeugung vor dem Berufsverbot. Vier Studenten mit Schildern betreten das Podium und setzten die Forderung zusammen: „Kein Berufsverbot für Prof. Schneider“. Ferner wurden die Kandidaten aufgefordert, zum „Fall Steinschneider“ Stellung zu nehmen. Frau Steinschneider ist Sekretärin im Fachbereich Neuere Philologien. Das Kultusministerium hat ihr nach Ablauf der Probezeit zum Ende dieses Monats gegen den Willen des Fachbereichs gekündigt.

Zum Problem Schneider erklärte Prof. Krupp, daß zur Zeit auf Weisung des Kultusministers disziplinarische Vorermittlungen seitens der Universität geführt würden. Zum Problem der Sekretärin Steinschneider erklärten Prof. Krupp und Kanzler von Thümen übereinstimmend, daß das Kultusministerium eigenmächtig die Entlassung angeordnet habe, ohne dabei der Universität Gründe für die Entlassung angeben zu haben. Zumindest habe die Universität, so der Kanzler, in solchen Fällen einen Anspruch auf Information.

Zwar war es der Sitzungsleitung nicht gelungen, diese nicht vorgesehenen Fragen zu den Berufsverboten aus dem Publikum zurückzustellen, da die Studenten ein Megaphon benutzten. Allerdings wies sie die Forderung, Prof. Schneider sofort reden zu lassen, zurück und bestand darauf, der Rednerliste zu folgen. So wurden die Kandidaten zunächst mit Fragen nach ihrer Einschätzung des Autonomie-spielraumes der Universität und der Entscheidungsmöglichkeiten eines Universitätspräsidenten (Prof. Muhlack, NIK), nach ihrer Kooperationsbereitschaft mit den verschiedenen hochschulpolitischen Gruppen und ihrem Integrationswillen (Prof. Kelm, Ratio) sowie nach ihrer Meinung zur Anwendung des Hausordnungsrechts (Prof. Kelm); Student Sedlack, RCDS) konfrontiert.

Achaz von Thümen wies darauf hin, daß er noch nie der Meinung gewesen sei, die Universitäten hätten eine totale Autonomie. Allerdings zeige sich die zunehmende Abhängigkeit vom Land auf finanziellem Gebiet sowie in Fragen des Numerus clausus. Dennoch sei Resignation nicht am Platze. Es gelte, den bestehenden Spielraum auszunutzen.

Prof. Krupp meinte, die Eingengung des Spielraumes der Universität sei nicht zu leugnen. Das zwinge aber dazu, innerhalb der Universität Politik zu machen und mit knappen Ressourcen umzugehen verstehen. Die Universität müsse in einer Zeit, da sie in der Einschätzung der öffentlichen Meinung einen negativen Tiefstand erreicht habe, zu dokumentieren versuchen, daß sie mit einem Globalhaushalt selbst ihre Mittel sachgerechter verwalten könne als das Ministerium.

Eigenes Konzept

Ferner betonten sowohl der Kanzler als auch Prof. Krupp, daß sie als Präsident zwar versuchen würden, ihr eigenes Konzept zu verwirklichen, daß sie aber ihre Politik nach den Prioritäten richten würden, die von den Ständigen Ausschüssen gesetzt werden. Zur Frage der Kooperationswilligkeit mit den verschiedenen Gruppen und den Grenzen der Kooperation äußerte sich Prof. Krupp sehr bestimmt. „Die Grenze ist dort, wo eine diskussionslose Situation eintritt, wo Argumente ersetzt werden durch klopfen und niederschreien.“

Für die Professoren-Liste „Demokratische Hochschulreform“ (DHR), die zur Demokratischen Opposition im Konvent gehört, stellte Prof. Dr. Herbert Schnädelbach sechs Fragen an die Präsidentschaftskandidaten, die ihnen



Anhörung der Präsidenten-Bewerber: Achaz von Thümen, Herwig Scholz, Rudolf Mayer und Hans-Jürgen Krupp (von links). Foto: Heisig

zuvor auch schriftlich überreicht worden waren:

1. Herr Kantzenbach hat wiederholt betont, daß er sich mit den hochschulpolitischen Zielen der Mehrheitsfraktion identifiziert. Halten Sie es für richtig, daß der Präsident unserer Universität nur Positionen der Mehrheitsgruppierungen vertritt, und – wenn Sie dem zustimmen – wie halten Sie dies für vereinbar mit seiner Aufgabe, die ganze Universität zu vertreten?

2. Herr Kantzenbach hat in der Begründung seines Rücktritts die zunehmende Einengung des Handlungsspielraumes der Universität gegenüber der Kulturbürokratie beklagt. Da Sie sich um sein Amt beworben haben, nehmen wir an, daß Sie diese Einschätzung nicht teilen. Was werden Sie tun, um die hochschulpolitischen Handlungsmöglichkeiten der Universität zu erhalten? Was werden Sie tun, um in dieser Hinsicht die ganze Universität gegenüber der Öffentlichkeit (Presse, Stadt Frankfurt, Gewerkschaft, Verbände usw.) wirksam zu vertreten?

3. Wir sind der Auffassung, daß Reformen nur möglich sind, wenn man hochschulpolitische Konflikte in Kauf zu nehmen und mit inneruniversitären Mitteln zu lösen bereit ist. Wo ist für Sie bei der Verschärfung von Konflikten der Punkt erreicht, an dem Sie Polizei in die Universität rufen oder zu juristischen Maßnahmen greifen (Einschalten der Rechtsabteilung etc.)?

4. Wir sind der Auffassung, daß die Universität zur Lösung der mit Reformen unvermeidlich verbundenen Konflikte eines Instrumentariums von Schlichtung im Vorfeld juristischer Maßnahmen bedarf. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um das bestehende Hausordnungsrecht durch solche Schlichtungsverfahren überflüssig zu machen?

5. In den letzten Jahren haben die entscheidenden hochschulpolitischen Auseinandersetzungen an unserer Universität nicht in den vom Gesetz vorgesehenen Gremien stattgefunden. Was werden Sie tun, um diese Gremien in stand zu setzen, ihren Aufgaben besser als in der Vergangenheit gewachsen zu sein?

6. Die Universität wird nicht ohne oder gar gegen die Mehrheit der Studenten reformiert werden können: insbesondere nicht auf dem Gebiet der Studienreform. Was werden Sie tun, um die unter dem jetzigen Präsidenten entstandene Polarisierung zwischen Universitätsleitung und Studentenschaft abzubauen und die Mehrheit der Studenten für Ihre Politik zu gewinnen? Was werden Sie tun, um die Bereitschaft aller Gruppen an der Universität (insbesondere der Professoren) zu fördern, sich an Selbstverwaltung und Reformarbeit intensiver zu beteiligen?

Angesichts der wachsenden Unruhe im Saal versuchten die Kandidaten, diese Fragen so knapp wie möglich zu beantworten, wobei sie immer wieder von Zwischenrufen unterbrochen wurden.

Als erster Achaz von Thümen: Zur Beantwortung der beiden ersten Fragen verwies er auf sein Statement. Juristische oder polizeiliche Maßnahmen werde er bei Gefährdung von Personen oder drohender Funktionsfähigkeit der Universität in Forschung und Lehre erwägen. Selbstverständlich werde er zunächst schlichtende Versuche unternehmen. Ferner werde er sich für mehr Konventssitzungen einsetzen. Reformen gegen die Studenten seien kaum möglich; die Studenten müßten davon überzeugt werden, daß

die Studienreform in ihrem eigenen Interesse liege.

Prof. Krupp erklärte, ein Präsident könne sich nicht von vornherein nur mit einer Gruppe identifizieren. Dies habe auch Prof. Kantzenbach nicht getan. Er verwies jedoch auf die von ihm schon genannten Grenzen der Kooperation. Weiter skizzierte Krupp seine Vorstellungen zur Konfliktbewältigung. Zunächst müßten Konflikte in den Fachbereichen diskutiert werden. Falls dort eine Lö-

Nach Erörterung des Wahlvorschlages mit Vertretern des Kultusministers hat der Senat am 22. Januar beschlossen, Prof. Hans-Jürgen Krupp und Kanzler Achaz von Thümen gleichrangig dem Konvent zur Wahl vorzuschlagen.

sung nicht möglich sei und der Präsident eingeschaltet werde, so müsse er gemäß der Hausordnung erst ermitteln. Diese Ermittlungen müßten immer in der Funktion gesehen werden, den Konflikt zu schlichten.

Dipl. Volkswirt Mayer und Dr. Scholz kamen nur noch kurz zu Wort. Sie betonten ihre Gesprächsbereitschaft gegenüber allen Gruppen und ihren Willen, die Polarisierung an der Universität Frankfurt zu entschärfen.

Abbruch der Anhörung

Als anschließend entsprechend der Rednerliste der Student Zimmermann, Senatsmitglied, aufgerufen wurde, wollte er das Wort an Prof. Schneider abgeben. Er begründete seinen Verzicht mit der Behauptung, der Präsident werde von der Mehrheitsfraktion hinter den Kulissen ausgetauscht, der Begriff der Wahl werde hier mißbraucht. Die Sitzungsleitung wollte jedoch nach der Rednerliste fortfahren, wonach vor Prof. Schneider noch einige andere Wortmeldungen vorlagen. Darauf Pfiffe, Buhrufe, Sprechchöre, Knalleffekte . . . Die Sitzung wurde beendet.

Die Wahl des Präsidenten der Universität Frankfurt findet auf der Konventssitzung am 5. Februar um 14 Uhr in der Aula (Hauptgebäude) statt.

Kapazitäten ausbauen

Aus der Fülle der auf den Präsidenten zukommenden Sachprobleme möchte ich für diese Einführung nur einen Problemkomplex herausgreifen: Studentenlawine, Studienreform, Kapazität. An ihm möchte ich beispielhaft die Tragweite der auf die Universitäten zukommenden Probleme einerseits und die Rolle des Präsidenten bei der Bewältigung dieser Probleme andererseits verdeutlichen.

Wenn die Zahlen des Bildungsgesamtplans auch nur annähernd verwirklicht werden, müssen wir damit rechnen, daß für die nächsten 10 Jahre die Zahl der Studienberechtigten erheblich größer als die Zahl der Studienplätze ist. Die Kapazitätsverordnung ist der erste Vorstoß dieser Entwicklung. In einer solchen Situation ist es einerseits notwendig, darüber nachzudenken, wie die Zahl der Studienplätze vermehrt werden kann, andererseits muß die vorhandene Kapazität so gut wie möglich ausgeschöpft werden, ohne daß dabei die Forschung ins Hintertreffen gerät.

Bei der schon aus sozialen Gründen begrenzten Mobilität von Studenten ist es unbedingt notwendig, das Studienplatzangebot im Großraum Frankfurt auszubauen. Ich werde mich daher dafür einsetzen, daß das Land Hessen zumindest seine bisherigen Planungen auf dem Niederurseler Hang verwirklicht.

Eine optimale Nutzung der Kapazität ist nur möglich, wenn die Studienreform in Gang kommt. Nur durch klarere und transparentere Studiengänge kann die Kapazität besser ausgeschöpft werden. Darüber hinaus ist das Problem der Beschränkung des inhaltlichen Umfangs der Studiengänge keineswegs in allen Fachbereichen befriedigend gelöst. Neuere hochschuldidaktische Ansätze sind in den Reformprozeß einzubringen.

In den Diskussionsprozeß um die Interpretation und Weiterentwicklung der Kapazitäts-

schung ist. Die Auswanderung der Forschung muß verhindert werden. Eine wichtige Aufgabe der nächsten Jahre scheint mir daher, einerseits durch gezieltere Forschungsplanung und Forschungsförderung den Forschungsprozeß der Universität zu beleben, zum anderen das Ergebnis für die inner- und außeruniversitäre Öffentlichkeit transparenter zu machen. Die Forschungsberichterstattung dieser Universität sollte ausgebaut werden.

Zusammen mit dieser stärkeren Betonung von Forschung ist freilich die Frage zu stellen, inwieweit eine inhaltlich neu bestimmte Einheit von Forschung und Lehre in den Studienreformprozeß einbezogen werden kann. Studenten im Hauptstudium sollten in den Forschungsprozeß integriert, im Curriculum angemessene Anteile von for-



Hans-Jürgen Krupp Foto: Bopp

schendem Lernen berücksichtigt werden.

Die Überfüllung der Universität Frankfurt hat aber noch eine andere Dimension, der sich kein Präsident entziehen kann: Je überfüllter eine Universität ist, desto drückender werden gerade in einer Großstadt wie Frankfurt die sozialen Probleme der Studenten. Ein zu niedriger Bafög-Satz, eine Mensa, in der nur ein Teil der Studenten versorgt werden kann, fehlende Wohnheimplätze kennzeichnen das Bild. Ein wesentlicher Teil der Studenten wird nicht nach Bafög gefördert und verfügt nicht einmal über Mittel in Höhe der Bafög-Beträge. Die Möglichkeiten eines Präsidenten an dieser Stelle sind beschränkt. Ich werde sie jedoch ausschöpfen. Insbesondere werde ich mich für den schnellen Baubeginn des Sozialzentrums mit zweiter Mensa einsetzen. Darüber hinaus werde ich in der Zwischenzeit versuchen, das Angebot an Essen durch eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Kapazität zu vergrößern.

Neben dem so beschriebenen Problemkomplex gibt es andere Aufgabengebiete, die die Szene der nächsten Jahre bestimmen werden. Ich erwähne nur:

Abschluß beziehungsweise Weiterentwicklung der Personalstrukturreform, die Fachbereichsuntergliederung, die Abgrenzung der Fachbereiche, den weiteren Ausbau der Einheitsverwaltung als Dienstleistungsangebot an die Fachbereiche, die Hochschulplanung in Hessen.

Zu diesen Themenkreisen bin ich bereit, auf Anfragen hin meine Konzeption vorzutragen.

Die Vorlage eines derartigen Zielkatalogs läßt die Frage entstehen, wie ein Präsident mit seinen begrenzten Kompetenzen zur Durchsetzung dieser Ziele beitragen will. Ich möchte daher meine Auffassung zur Rolle des Präsidenten im Kräftespektrum der Universität darstellen. Ich werde mich darum bemühen, im Rahmen der universitären Selbstverwaltung für alle Gruppen dieser Universität Mitwirkungsrechte sicherzustellen. Dabei erscheint es mir richtig, an der bisherigen Frankfurter Politik festzuhalten, die Selbstverwaltung nie als Endzweck, sondern als Mittel für die Verwirklichung der Hochschulreform ansah. Hieraus ergibt sich, daß die Belastung durch Selbstverwaltung für die Mitglieder der Universität in Grenzen gehalten werden muß. Dies gilt verstärkt, wenn die Anforderungen an die Universität steigen.

Besondere Schwierigkeiten bereitet dabei die Mitwirkung zweier Gruppen: der Studenten und der sonstigen Mitarbeiter in der Terminologie des neuen HUG. Die Mitwirkungsrechte der Studenten sind im HUG gut ausgebaut, die Mitwirkungsbereitschaft jedoch in vielen studentischen Gruppen relativ gering. Demgegenüber sind bei den sonstigen Mitarbeitern durch die Novellierung die Mitwirkungsrechte beschränkt worden, obwohl gerade hier eine hohe Mitwirkungsbereitschaft besteht.

Ich werde alles tun, um auch die Studenten wieder stärker an die universitäre Selbstverwaltung heranzuführen. Ich werde insbesondere jene studentischen Gruppen fördern, die sich aktiv in der Selbstverwaltung der Universität engagieren.

Bei den Mitwirkungsrechten der sonstigen Mitarbeiter sind mir durch das Gesetz die Hände weitgehend gebunden. Ich werde mich für eine weite, der Sache angemessenen Interpretation der neuen gesetzlichen Regelungen einsetzen. Darüber hinaus erscheint es mir richtig, in einer Situation, in der die Mitwirkungsrechte der sonstigen Mitarbeiter in den Selbstverwaltungs-

gremien beschnitten worden sind, die Rechte des Personalrats, stärker in den Vordergrund zu stellen. Ich werde mich um eine gute Zusammenarbeit mit dem Personalrat in allen Fragen seines Kompetenzbereichs bemühen. Neben der Zusammenarbeit mit den Gruppen ist für einen Präsidenten jedoch auch das Verhältnis zwischen zentralen Organen und Organen der Fachbereiche wichtig. Nach den bisher gemachten Erfahrungen ist weder eine totale Autonomie noch eine totale Abhängigkeit der Fachbereiche sinnvoll. Vielmehr sollten die zentralen Gremien Anregungen in die Fachbereiche hineingeben und sich in ihrer weiteren Arbeit von den Fachbereichen beraten lassen. Ich habe zum Beispiel Zweifel, daß Studienreformansätze in den Fachbereichen ohne die Unterstützung der zentralen Gremien mehrheitsfähig sind. Gerade die zentralen Gremien können durch Initiativen und

sicherung der Universität, der Bevormundung der Basis oder der Entwicklung eines übermächtigen Präsidialamtes erwecken. Deswegen möchte ich betonen, daß ich an einem Grundelement festhalten möchte, das meine Politik in den letzten Jahren geprägt hat. Ich bin ein Gegner der angeordneten Reform. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß Universitätsadministratoren, die meinen, Reformen einfach zentral anordnen zu können, inhaltlich nur sehr wenig erreicht haben. Eine tatsächlich verwirklichte Reform läßt sich meines Erachtens nur durch Kooperation mit der Basis realisieren. Hierzu ist es notwendig, die Betroffenen davon zu überzeugen, daß Änderungen erforderlich sind. Allein Reformen, die von den Betroffenen mitgetragen werden, haben Chancen realisiert zu werden. Dies gilt in erhöhtem Maße, wenn eine langjährige Organisationsunruhe eine

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

geboren am 15. 4. 1933 in Elbing	
1952	Abitur
1952 - 1957	Studium „Wirtschaftsingenieurwesen“ TH Darmstadt
1957	Dipl.-Wirtschaftsingenieur
1957 - 1958	Verwalter einer wiss. Assistentenstelle TH Darmstadt
1958 - 1967	Wissenschaftlicher Assistent TH Darmstadt 1962/63 Forschungstätigkeit in den USA 1963/64 DFG Habilitandenstipendium
1961	Promotion
1967	Habilitation
1967 - 1969	Dozent TH Darmstadt SS 68 Lehrstuhlvertretung Univ. Heidelberg WS 68/69 Lehrstuhlvertretung Univ. Freiburg 1969 Ruf nach Freiburg
1970	Bewerbung um die Präsidentschaft der TH Darmstadt
1969 -	ordentlicher Professor/Professor H 4 Universität Frankfurt
	1970/71 Dekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät Univ. Frankfurt
	Seit 1971 Mitglied des Ständigen Ausschusses III Seit 1973 Vizepräsident der Univ. Frankfurt
	1972 - 1973 Mitglied des Senatsgründungsgremiums Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Dortmund
	Seit September 1974 Mitglied und Vorsitzender des Gründungsausschusses der Fernuniversität Hagen
	1968 - 1973 Mitglied der Synode der Evg. Kirche in Hessen und Nassau sowie deren Finanzausschuß
	Mitglied der Arbeitsgesetzbuchkommission
	Mitglied der Enquete-Kommission „Frau und Gesellschaft“ des Deutschen Bundestages (Sachverständiges Mitglied)

das Setzen von Rahmenbedingungen den Reformprozeß vorantreiben. Darüber hinaus können sie unter Umständen durch die bei ihnen liegenden Kompetenzen in Bezug auf die Einrichtung von Studiengängen, die Gestaltung der Kapazitätsparameter u.ä., in ein aktives Gespräch mit den Fachbereichen kommen.

Ein derartiges Wechselverhältnis zwischen zentralen Gremien und Fachbereichen schließt Initiativen des Präsidenten nicht aus. Ich sehe die Funktion des Präsidenten zum Beispiel auch darin, Initiativen in mehreren Fachbereichen, die in den eigenen Fachbereichen jeweils nicht mehrheitsfähig sind, zu fördern. Darüber hinaus erscheint mir eine wesentliche Funktion des Präsidenten in der Information der Fachbereiche über die bildungspolitische Entwicklung zu sein.

Ein derartiges Programm mag den Eindruck der Bürokrati-

generelle Reformunwilligkeit erzeugt hat. Gerade dann ist es notwendig, wieder eine Vertrauensbasis aufzubauen, die eine Offenheit für Neuansätze erzeugt. Voraussetzung hierfür ist freilich, daß man sich ernsthaft darum bemüht, die gemachten Erfahrungen, auch wenn sie negativ sind, zu berücksichtigen.

Ich bin der letzte, der leugnen wollte, daß das so realisierte Reformtempo langsamer ist als das, welches man aus schnellen Reformdeklarationen ablesen kann. Ich bekenne mich aber dazu, daß eine langsam realisierte Reform sinnvoller ist als nicht realisierte weitergehende Reformkonzeptionen. Wenn Sie mich zum Präsidenten wählen, möchte ich damit die Bitte verbinden, mich bei der Realisierung einer Reformpolitik, die auf Kooperation und Überzeugung beruht, zu unterstützen.

Hans-Jürgen Krupp

Ein neuartiges Arbeitsbuch:

EINFÜHRUNG IN DIE GELDLERE

von Prof. Dr. Gerhard Merk. 152 S., Pb. DM 28,-

Dieses Buch enthält das gesamte Grundwissen der Geldordnung der Volkswirtschaft und der Währungsordnung der Weltwirtschaft.

Aus einer Rezension von „Studium“:

„... erhält der Leser die Möglichkeit, sein Wissen ständig anhand zahlreicher Übungsaufgaben mit Lösungen zu überprüfen. Positiv hervorzuheben ist die leicht eingängige Darstellungweise des Verfassers und sein Einbau englischer Fachausdrücke...“

FRITZ KNAPP VERLAG, 6 FRANKFURT (M.)

Termine im SS

Die Vorlesungen im Sommersemester 1975 beginnen am 1. April. Vorlesungsende ist am 30. Juni.

verordnung werde ich mich aktiv einschalten. Dabei geht es mir insbesondere darum, zu verhindern, daß die Kapazitätsverordnung dazu führt, daß die Wahlmöglichkeiten des Studenten im Studienangebot total beschnitten werden. Es muß auch an der Universität der Zukunft möglich sein, an Vorlesungen und Seminaren teilzunehmen, die nicht dem von der Kapazitätsverordnung anerkannten Studienkern zuzurechnen sind. Andernfalls könnten wesentliche Neuentwicklungen gar nicht in das Lehrangebot übernommen werden. Die Verbindung zwischen Forschung und Lehre würde weiter abgebaut werden.

Die Kapazitätsverordnung darf auch nicht dazu führen, daß die sogenannten kleinen Fächer auf den Aussterbeetat gesetzt werden.

Der zunehmende Mangel an Studienplätzen wird die Lehre der Universität in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stellen. Um so wichtiger ist es, der Öffentlichkeit zu vermitteln, daß die Universität auch eine Stätte der For-

Möglichst breite Basis

Als Kandidat für die Präsidentschaft verfolge ich als allgemeine Zielsetzung — die Vertretung der gesamten Universität, d.h. der Interessen aller Gruppen nach außen und — den Auftrag politischer Vermittlung nach innen, um Auftrag und Arbeit der Universität auf eine möglichst breite Basis der Beteiligung zu stellen.

Ich habe mich beworben, weil ich trotz aller spezifischen Probleme der Universität Frankfurt — die man als Außenstehender nur über das Medium des Geschriebenen zur Kenntnis nehmen kann — Möglichkeiten der schrittweisen Annäherung an diese Rahmenzielsetzung sehe.

Die Universität und mit ihr die Arbeit des Präsidenten steht im einem Netzwerk verschiedener Determinanten und Komponenten: Bildungspolitischer Notwendigkeiten, politischer und gesetzlicher Vorgaben und schließlich gegebener, zum Teil immobiler Strukturen, in denen sich die bildungspolitischen Ziele verwirklichen sollen.

Die Universität steht ferner unter einem dreifachen Handlungsdruck:

- den Erwartungen der Studierenden
- dem Auftrag von Forschung, Lehre und Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses und
- der Schaffung der Möglichkeiten, diesen Anforderungen durch Bereitstellung von Personal, Raum, Finanzkapazität und inhaltlichen Konzepten Rechnung zu tragen.

Sieht man von den Kapazitätsproblemen und der allgemeinen Finanzmisere ab, so könnte man heute die Krise der Hochschulreform nicht nur als eine Demokratisierungskrise, sondern vielmehr eine Krise der Studienreform bezeichnen, eine Krise der Curriculum- und Didaktikreform also, die noch viel zu wenig die Lern- und Sozialisationsbedingungen im tertiären Bereich und ihre Voraussetzungen aufgenommen und instrumentalisiert hat.

Der Präsident hat nach meiner Meinung im Rahmen des beschriebenen Handlungsdrucks die Interessenlage der verschiedenen Mitgliedergruppen der Universität zu berücksichtigen, der Studenten, der Hochschullehrer, der wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter.

Jedes auf Universitätspolitik gerichtete Handlungskonzept muß die speziellen Bedingungen reflektieren, in denen Lehrende und Lernende heute an der Hochschule sich befinden. Nur auf einiges können hier Schlaglichter geworfen werden: Die Studienbedingungen von Studenten stellen sich nach sozialpsychologischen Untersuchungen so dar, daß die Motivationslage durch negative Lernerfahrungen im Gymnasium einmal eingeschränkt ist, durch nicht ausreichend erkennbaren Sachbezug und eher schwarz gemalte Zukunftsperspektiven andererseits. So müssen die Anstrengungen im Rahmen der Studienreform darauf gerichtet sein, im Rahmen von Curricula partizipatorische Veranstaltungsformen ebenso zu schaffen, wie durch die Beteiligung an Forschung als einem Mittel der Lehre die exemplarische Verbindung von Theorie und Praxis vermittelbar zu machen. Daraus wird die Intensivierung der Tutorarbeit ebenso abzuleiten

sein, wie zentralisierte Beratungsfunktionen zur Orientierung über das Lehrangebot im ganzen, dezentrale Beratungsfunktionen, um Regulative für die Gestaltung der individuellen Studienläufe sicherzustellen. Beinahe ist es überflüssig zu erwähnen, daß für möglichst störungsfreie und ungewarme Studienverläufe auch die finanzielle Sicherung der äußeren Bedingungen, etwa durch ausreichende Bafög-Förderung, Wohnungslage und Verkehrskommunikation, gehören.

Der Sozialisationsprozeß besteht aber auch in dem, was man soziale Kommunikation im universitären Bereich bezeichnet, die in Interaktionen zwischen einzelnen und Gruppen, nicht zuletzt auch in der politisierenden Gruppenbildung und Repräsentanz in den Gremien der Selbstverwaltung besteht. Soziale Kommunikation stellt sich dort weitgehend als eine Sequenz spezieller Konfliktsituationen dar. Die Voraussetzungen, solche Konfliktsituationen permanent zu lösen, ist das gegenseitige Akzeptieren der Konfliktpartner. Insofern halte ich eine Einstellung für realitätsfern, die etwa die sozialen Konflikte, die im Rah-

zunächst Kommunikationsregeln beschreibt und auch die Grenzen der Abweichungsspielräume markiert. Ich könnte mir denken, daß für einen so verstandenen Grundkonsens eine breitere politische Basis in der Universität Frankfurt zu gewinnen wäre, als jetzt in der sogenannten „Mehrheitskoalition“ zum Ausdruck kommt.

Ich will versuchen, eine Reihe der angedeuteten Schwierigkeiten, in denen sich die Universität befindet, am Numerus-clausus-Problem zu exemplifizieren und kurz-, mittel- und langfristige Problemlösungen zu skizzieren. Zur Lösung des Studienplatzproblems müssen 3 Aspekte Berücksichtigung finden: individuelle Studienwünsche, Kapazitätslage der Hochschule und gesellschaftlicher Bedarf an Hochschulabgängern.

Die bisherigen Verfahren der Prognostizierung gesellschaftlichen Bedarfs lassen eine Einschätzung der gesellschaftlichen Entwicklung und Umstrukturierung vermissen, die zu einem wachsenden, vielleicht noch zu schaffenden Bedarf führen könnten und deshalb eine planerische Limitierung nicht rechtfertigen.

Darüber hinaus erweisen sich eine ganze Reihe von Prognosen als konjunkturabhängig, sowohl was den öffentlichen wie den privatwirtschaftlichen Bereich betrifft.

Dem vorhandenen Numerus clausus und dem für weitere Studienfächer drohenden muß mit folgenden kurzfristigen einzuleitenden Maßnahmen begegnet werden:

- Ausbau der Engpaß-Studiengänge durch Umverteilung von Lehrkapazität und weitere Erschließung latenter Kapazitäten;
 - finanzielle Sicherung eiliger Baumaßnahmen mit Hilfe von Fertigbauweise;
 - Verbesserung der Beratung für Studienwahl und Studien-durchführung und Intensivierung des Tutorensystems;
 - Konzentration des Lehrangebots im Hinblick auf Studiengänge.
- Mittelfristige Maßnahmen: Priorität der Reform der Studiengänge in NC-Fächern;
- Koordination der Studienplatzvergabe auf regionaler, Landes- und Bundesebene, als Übergangsmaßnahme Studienplatzbörse;
 - systematischer Einbau von Fernstudienlehrgängen und Medienangeboten in die Studiengänge;
 - Weiterentwicklung der Beratungsformen, wie dies im 3. Bericht des Präsidenten gefordert wird;
 - Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Fachhochschule in Richtung auf berufsorientierte Kurzstudien. Langfristige Problemlösungsperspektiven: Hier scheint es mir darum zu gehen, die Berufsorientierung und damit die Verteilung auf Berufsausbildungsgänge im Sekundarbereich anzusiedeln und entsprechende Orientierungsvorstudien zu ermöglichen, wie dies etwa in dem von Hartmut von Hentig entwickelten Bielefelder Oberstufenkolleg der Fall ist.
- Unter langfristigen Perspektiven könnte auch die Entwicklung eines integrierten Gesamthochschulkonzepts und seine schrittweise Realisierung gesehen werden. Selbstverständlich dient ein Gesamthochschulkonzept auch der kommunikativen Überbrückung von Schicht- und Klassengegensätzen.



Rudolf Mayer Foto: Bopp

men von Lehre und von Selbstverwaltung auftreten, schlechthin als Störung oder unqualifizierte Eingriffe ablehnt.

Ich möchte einige Grundsätze für Konfliktlösung nennen: Konflikte lösen dort, wo sie entstehen, die Verhältnismäßigkeit der Mittel der Intensität des Konflikts anpassen, um Eskalationen zu vermeiden. Die angedeuteten Komponenten des Sozialisationsprozesses gewinnen ihre Brisanz durch die Orientierungs- und Identifikationsprobleme, in denen sich der Student insbesondere am Anfang seines Studiums befindet: überlastende Rollenerwartungen, schlechte Vorbereitung in vorauslaufenden Sozialisationsfeldern insbesondere des sekundären Bereichs, sprich des Gymnasiums. Um so notwendiger ist es, den Abweichungsspielraum zu beschreiben, in dem diese Sozialisation durch Orientierungsprozesse und das Erlernen von Rollen geleistet werden soll. Dieser Abweichungsspielraum findet dort seine Grenze, wo er die Sozialisationsbedingungen der anderen, nicht nur der Studierenden, bedroht.

Ich gebe zu, daß solche Einsichten zu instrumentalisieren und praktikabel zu machen zumindest zweierlei erfordert: — politische Phantasie und politische Offenheit, — die Herstellung eines allgemeinen Grundkonsenses, der

Diplom-Volkswirt Rudolf Mayer

geboren am	29. 8. 1931 in Freiwaldau
1950	Abitur
1950 — 1951	Philosophie-Studium an der Phil.-Theolog. Hochschule in Eichstätt
1951 — 1956	Studium der Volkswirtschaft Universität München
1956	Dipl.-Volkswirt
1956 — 1957	Personalsachbearbeiter bei OSRAM GmbH Zentralverwaltung München
1957 — 1960	Leiter von Abiturienten-Sonderkursen in der Arbeitsgemeinschaft für geflüchtete Studenten und Abiturienten in München
1957 — 1959	Studium der Soziologie an der Universität München
1960 — 1966	Referent bei der Bundesvermögensverwaltung in München
1962 — 1965	Dozent für Soziologie an der Höheren Fachschule für Sozialarbeit in München-Pasing
1963 — 1966	Freier Mitarbeiter für Wirtschafts- und Sozialpolitik beim NICKL-Verlag Tirschenreuth-München
1966 — 1967	Dozent und Tagungsleiter an der Kath. Akademie in Stuttgart-Hohenheim
1967 —	Stellv. Direktor des Deutschen Jugendinstituts in München
1970 — 1972	Mitglied des wissenschaftlichen Beirats beim Theater der Jugend, München
1972 —	Lehrbeauftragter für Theatersoziologie an der Universität München
Kommissions- und Beratungstätigkeit	
Arbeitsausschuß des Dokumentationsrings Pädagogik (Berlin)	
Arbeitskreis für die Dokumentation sozialwissenschaftlicher Forschung (Bonn)	
Beirat für Mediendokumentation beim Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht (München)	
Expertengruppe für Jugendforschung und Dokumentation beim Europarat (Straßburg)	

Wie schon vorher gesagt, begreife ich den Präsidenten als Vertreter aller Gruppen nach innen und außen. Die Realisation dieser breiten Vertretungsfunktion ist eine schrittweise einzulösende Aufgabe. Durch Personalwechsel in der Leitung der Universität einerseits, durch die neue Novelle des Universitätsgesetzes vom September 1974 andererseits, ergeben sich Ansatzpunkte und Notwendigkeiten, die unterbrochene Kooperation und Kommunikation zwischen Mehrheits- und Minderheitsfraktion in den zentralen Gremien wieder aufzunehmen. Das Prinzip von Öffentlichkeit und Transparenz bezieht sich jedoch auf alle Entscheidungs- und Handlungsvollzüge der Universität. Deshalb ist es eine integrale Aufgabe eines neuen Präsidenten, schriftliche und mündliche Informationsverfahren weiterzuentwickeln und die wohlverstandene Politisierung, d.h. Teilnahme an den gemeinsamen Aufgaben aller Gruppen der Universität, mit allen denkbaren Mitteln zu erstreben. Ohne die Unterstützung der Mitgliedergruppen wird sicherlich auch ein neuer Präsident den Wettlauf mit den Problemen und mit der begrenzten Zeit verlieren müssen:

- Eine Reihe bestehender und erwähnter Probleme muß durch eine neue Aktivierung der Kooperation und Koordination zwischen den Hessischen Hochschulen unternommen werden.
- Die Entwicklung fachübergreifender Studiengänge muß durch Intensivierung der Selbstverwaltungsorgane in den Fachbereichen vorangetrieben und durch eventuelle Revision der Fachbereichsgrenzen insbesondere bei Philosophie und Naturwissenschaften überprüft werden, auch unter dem Gesichtspunkt sinnvoller Aufgabenteilung der ständigen Betriebseinheiten. Es wird zu überlegen sein, ob hier eine entsprechende Arbeitsteilung in der Universitätsleitung zwischen Präsidenten und den zwei neu zu bestellenden Vizepräsidenten vorzusehen ist.

— Im Zusammenhang mit der Reform von Studiengängen scheint mir einerseits eine Verwertung von Ergebnissen von Modellversuchen, die an anderen Universitäten durchgeführt wurde notwendig, aber ebenso eine Rückbeziehung der didaktischen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf die Probleme der eigenen Universität.

— Da die Universität mit ihren Problemen in eine soziale Umwelt gestellt ist, die unter anderem bedingt ist durch ihre Lage d.h. die Stadt Frankfurt, andererseits durch ihre vielfältige Abhängigkeit gegenüber der Kultusverwaltung sind damit weitere äußere Kommunikationspartner beschreiben.

— So wird im Zusammenhang mit der Studienplatzbeschränkung eine intensive Verhandlungsrunde mit den Präsidenten der anderen Hochschulen und der neuen Leitung der Kultusverwaltung notwendig sein, die auch den Aufschub der Personalüberleitungsmaßnahmen bis zur endgültigen Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes zum Gegenstand haben könnte.

Um das, was man Freiheit der Forschung programmatisch zu nennen pflegt, auch unmittelbar von den Lehrzwängen realisieren zu können, ist eine Intensivierung zur Erschließung von Drittmitteln zu erreichen und im Rahmen eines allgemeinen Forschungsstrategie Rahmens in der Universität zu placieren.

Zum Schluß komme ich auf das zurück, was mit den Bedingungen für einen Handlungsrahmen schon artikuliert wurde: Eine breiteste mögliche politische Basis, von der die Arbeit des Präsidenten und der Selbstverwaltungsorgane gerade in Krisenzeiten der Universität getragen sein muß.

Wie angedeutet, gibt es hier eine formale und eine inhaltliche Grundbedingung:

— die formale, nämlich die Herstellung eines Grundkonsenses, bezieht sich auf Spielregeln und ihre Sicherung,

(Fortsetzung auf Seite 4)

Verfechter der Gesamthochschule

Sie werden verstehen, daß es für mich, als einem mit den Verhältnissen an der Johann Wolfgang Goethe-Universität nicht vertrauten Ortsfremden, gar nicht so einfach ist, die erbetene Stellungnahme abzugeben. Auch erhielt ich die Einladung mit der Bitte um die Abgabe dieses Statements erst am vergangenen Sonnabend, so daß es mir nicht mehr möglich war, mich mit den aktuellen Entwicklungen an Ihrer Universität vertraut zu machen. Hier haben – und das sehe ich durchaus realistisch und ohne Selbstmitleid – Herr Krupp und Herr von Thümen einen deutlichen Heimvorteil.

Ich bitte Sie deshalb um Ihr Verständnis, wenn ich in meiner Stellungnahme im Allgemeinhochschulpolitischen bleibe und wenn ich jetzt und nachher in der Befragung auf der Grundlage der Erfahrungen aus meiner hochschulpolitischen Arbeit in Göttingen argumentiere. Allerdings sind die Göttinger Verhältnisse insofern andere, als dort die hochschulpolitische Polarisierung lange nicht so fortgeschritten ist wie hier in Frankfurt, wenn man den Presseberichten glauben darf. Doch nun zu meiner Stellungnahme:

Da die Aufgaben des Universitätspräsidenten zumindestens in groben Umrissen in § 10 des Hessischen Universitätsgesetzes festgelegt sind, kann ich mich darauf beschränken, lediglich einige Problemkreise zu streifen, die mir ein besonderes Gewicht zu haben scheinen und denen ich deshalb meine spezielle

Aufmerksamkeit widmen würde. Im Anschluß daran möchte ich kurz darauf eingehen, wie ich die Zusammenarbeit der Angehörigen der verschiedenen Statusgruppen und der unterschiedlichen hochschulpolitischen Richtungen hoffe fördern zu können.

In einer Zeit, in der der schon lange vorhersehbare ständig steigende Andrang der potentiellen Studienanfänger bundesweit zum totalen N.C. zu führen droht – über die Unterlassungssünden, für die die Bildungseinrichtungen selbst keine Verantwortung zu tragen haben, ist hier und jetzt nicht zu diskutieren – sind die Hochschulen verpflichtet, als ihren Beitrag zur Bewältigung der Not der von den Toren Wartenden, alle ihre Ausbildungskapazitäten voll auszunützen, um möglichst vielen jungen Menschen die Verwirklichung ihrer Grundrechte nach den Artikeln 2 und 12 GG zu ermöglichen.

Ich weiß aus den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum 4. Rahmenplan für den Hochschulbau, daß die Johann Wolfgang Goethe-Universität zu den Hochschulen gehört, die ihre Ressourcen sowohl in bezug auf ihren Personal- als auch auf ihren Baubestand so intensiv nutzen, daß sie an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind. Aufgabe des Präsidenten dieser Universität muß daher meines Erachtens sein, jede sich bietende Möglichkeit zur Verbesserung der Studien- und Lehrsituation zu erkennen und unter Beibehaltung des hohen Ausnutzungsgrades der

Einrichtungen zu ergreifen. Aufgabe des Präsidenten muß aber auch sein, sich intensiv um die Erhaltung der Einheit von Forschung und Lehre zu bemühen, denn nur wenn die Lehrenden genügend Zeit für eigene Forschungsarbeit haben, sind sie in der Lage, den aktuellen Erkenntnisstand ihres Faches zu beurteilen und veralteten Stoff aus ihrem Lehrangebot auszuschneiden. Ich folge hier Heckhausen, der schon 1968 in der Psycho-



Herwig Scholz Foto: Bopp

logischen Rundschau die folgende These vertreten hat:

„Fortschritte der Forschung häufen nicht nur Stoff an, sie stoßen fortgesetzt auch alten Stoff ab. Besonders Fortschritte in der Theoriebildung schließen zuvor Getrenntes oder Widersprüchliches zusammen, sie integrieren und nicht selten vereinfachen sie. Eine solche Vereinfachung ist jedoch nur gewährleistet, wenn möglichst weite Bereiche des Gesamtgebietes nach dem neuesten Theoriestand, d. h. kompetent vertreten sind.“

Daraus läßt sich, ebenfalls nach Heckhausen, die Schlußfolgerung ziehen,

„daß es bei ungenügender personeller Besetzung des Gesamtbereiches nicht nur zu Modernitätsrückständen in der Ausbildung, sondern deshalb auch zu überholten Stoffanhäufungen in den nicht nach dem neusten Stand vertretenen Teilbereichen kommt, die zu Studienzeiterwängerungen führen können.“

Genau dies ist die Gefahr, die ich bei der hohen Lehrbelastung vor allen Dingen bei den jungen Hochschullehrern heraufziehen sehe. Ich würde mich daher als Präsident dafür einsetzen, daß die für die Kapazitätsberechnungen nach der Rechtsverordnung zur Berechnung der Hochschulkapazitäten notwendige Neuregelung der Lehrverpflichtungen in einer Weise getroffen wird, die die eben dargestellte Gefahr zumindestens vermindert und daß dem wissenschaftlichen Nachwuchs, der ja in einigen Jahren zum Hochschullehrer herangereift sein soll, die Chance geboten wird, die für die Ernennung zum Hochschullehrer geforderten „hervorragenden weiteren wissenschaftlichen Leistungen“ zu erbringen.

Schließlich würde ich mich besonders für die Weiterführung der Hochschul- und der Studienreform einsetzen: Durch meine von Anfang an aktive Mitarbeit in der Assistentenschaft bin ich zur Überzeugung gelangt, daß die Mängel unseres Bildungssystems in erster Linie in der Verteilung unterschiedlicher Bildungsberechtigungen und damit verbundener Lebens-

chancen bestehen und nur dann beseitigt werden können, wenn es gelingt, durch eine Neugestaltung der Studiengänge und der Studienformen eine Gleichberechtigung sowohl der eher praxisbezogenen als auch der theoriebezogenen Abschlüsse im tertiären System zu erreichen und die notwendige Verzahnung zwischen Wissenschaft und Berufspraxis schon während des Studiums herbeizuführen.

Ich bin also ein engagierter Verfechter der integrierten Gesamthochschule, wobei mir jedoch vollkommen klar ist, daß diese Hochschulform nicht von heute auf morgen geschaffen werden kann und daß die Ausarbeitung und Erprobung von integrierten konsekutiven Studiengängen – andere kann ich mir in einer Gesamthochschule kaum vorstellen – noch viel Zeit verschlingen werden und daß noch sehr viel Überzeugungsarbeit bei den noch in Opposition stehenden Hochschulangehörigen geleistet werden müssen. Eines nämlich ist sicher:

Studienreform kann vom Staat zwar unterstützt, gefördert und finanziert, niemals aber verfügt oder befohlen werden. Die schönsten und didaktisch durchgefeiltesten Studienmodelle sind nichts wert, wenn sie an der Hochschule nicht von der großen Mehrheit der Lehrenden getragen, bzw. sogar durch haltenden oder aktiven Widerstand blockiert werden.

Meine Aufgabe als Präsident wäre in diesem Falle, diejenigen, die sich für die angesprochenen Reformen engagieren und in den entsprechenden Kommissionen und Arbeitsgruppen mitarbeiten, in Ihrem Vorhaben zu bestärken und zu versuchen, ihnen übermäßige Frustrationen zu ersparen, die sich stets dann einstellen, wenn man wieder einmal feststellen muß, daß man seine Arbeitskraft und Teile seiner Freizeit für nichts als für beschriebens Papier geopfert hat.

Meine Pflicht als Präsident wäre aber auch, die vielen, heute noch oder schon wieder abseits Stehenden zur Mitarbeit an Reformprojekten zu bewegen, denn die vor uns liegenden Aufgaben können von einer aktiven Minderheit

alleine nicht bewältigt werden.

Mir ist bewußt, daß bei der heutigen Polarisierung der verschiedenen Gruppeninteressen und der unterschiedlichen hochschulpolitischen Ansichten auch zu Fragen der Hochschulreform Konflikte nicht ausbleiben werden. Ich wäre jedoch stets bemüht, für eine gute und vollständige Information aller Gruppen zu sorgen und die Diskussion und den Meinungsbildungsprozeß bereits innerhalb der Gruppen zu verfolgen soweit es meine Zeit nur irgendwie erlaubte, damit wenigstens die Konflikte vermieden würden, die aufgrund von Mißverständnissen entstehen können.

Bei echten Interessenkollisionen jedoch – und auch an diesen wird ja kein Mangel sein – wäre ich stets bemüht, dafür Sorge zu tragen, daß die Gegensätze in offener, möglichst sachlicher und fairer Diskussion ausgetragen werden können und daß man so zu für möglichst breite Mehrheiten tragbaren Kompromissen gälange, wobei ich jedoch anmerken muß, daß ich versuchen würde, meine eigenen hochschulpolitischen Vorstellungen durchzusetzen, daß ich also nicht als hochschulpolitisches Neutrum zu agieren gewillt bin. Ich wäre mir jedoch immer bewußt, daß ich nach außen hin alle Angehörigen der Universität zu vertreten habe.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weiß nicht, ob Sie, die Sie mit den Frankfurter Verhältnissen im Gegensatz zu mir seit langem vertraut sind, vor allem meine letzten Worte zur Konfliktbewältigung für sehr naiv halten und ob ich die Möglichkeiten des Präsidenten in diesem Punkte nicht zu optimistisch gesehen habe. Ich glaube jedoch zu den von mir gemachten Annahmen aufgrund meiner Arbeitserfahrungen in Göttingen berechtigt zu sein. Darüber hinaus ist es meine Überzeugung, daß nur ein gerütteltes Maß an Optimismus, ja sogar an Naivität im Glauben an die Ansprechbarkeit des Menschen mit Vernunftgründen den Reformen befähigt, trotz vieler Rückschläge immer wieder neu zu beginnen und nicht in Resignation zu versinken oder in blinden Aktionismus, und in den Ruf nach Revolution zu verfallen, die meines Erachtens schließlich nichts anderes sind als in Agression umgesetzte Resignation.

Herwig Scholz

... breite Basis

(Fortsetzung von Seite 3)

– die inhaltliche auf einen Grundkatalog Bildungs- und universitätspolitischer Zielsetzungen.

Die Synthese von beiden sollte zur Endpolarisierung im Sinne einer Differenzierung der Argumentation dienen. Dies könnte etwa heißen, daß bei aller realpolitischen Einsicht und bei Anerkennung von mehrheitlichen Entscheidungen gerade diese Entscheidungen auch durch die Artikulation der Minderheitsargumente präsentiert werden. Für die Arbeit der Selbstverwaltungsorgane könnte das z. B. heißen, daß eine interfraktionelle Vorarbeit für Beschlüsse des Konvents und der ständigen Ausschüsse vorzusehen ist, daß z. B. der Präsident Beschlüsse beanstandet, die ohne vorausgehende interfraktionelle Beratung zustande gekommen sind, daß im Anhang zu Beschlüssen die kontroversen Argumentationen wiedergegeben werden, daß der Präsident aber auch prüft, ob mit Minderheitsvoten die Arbeit von Gremien taktisch blockiert werden soll.

Die Intention, daß vor rechtsverbindlichen Entscheidungen oder Verfahren alle Möglichkeiten der Kommunikation und des Diskurses auszuschöpfen sind, läßt sich auch auf die Konfliktfelder, auf die Hausordnungsmaßnahmen gezielt sind, übertragen. Das hieße etwa, daß

– Ordnungs- und Rechtsmaßnahmen als Antwort auf Konfliktsituationen nur die ultima ratio darstellen und erst einsetzen sollten, wenn alle Möglichkeiten des Konfliktaustrags der seinerseits auch ein

Lernprozeß ist, erschöpft wurden, und daß

– die Entwicklung von Verfahren einer stufenweisen Konfliktlösung und deren Institutionalisierung notwendig erscheint.

So würde ich folgende Modelle für denkbar halten:

– Bildung von „Vermittlungskommissionen“ der Fachbereichsräte zur Konfliktlösung, die aus je einem Vertreter der Gruppen bestehen könnte

– diese Vermittlungskommissionen hätten, gewissermaßen im Vorfeld von Sanktionen die Vermittlung zwischen den Beteiligten und die Wiederherstellung „normaler Sozialisationsbedingungen“ zu erstreben.

Erst in einer zweiten Stufe sollte ein Konfliktlösungsangebot von einer zentralen Vermittlungskommission einsetzen, was schon die Herausnahme des Konflikts aus seiner genetischen Situation bedeuten würde.

Erst wenn diese Versuche gescheitert sind, den Konflikt durch einen Lernprozeß zu lösen, ist Sanktion, d. h. ordnungsrechtliche Maßnahme berechtigt, weil in diesem Stadium die Sozialisationsbedingungen anderer, u. U. sogar kriminell oder pathologisch, behindert werden.

Diese Vorstellungen können nicht als vollinstrumentalisiertes Verfahren begriffen werden, sollen aber die Intention und den Rahmen beschreiben, in dem ich die Chancen für eine die Interessen aller Gruppen berücksichtigender Handlungsperspektive als Präsident sehen würde.

Rudolf Mayer

Dr. Diplom-Landwirt Herwig Scholz

geboren am 27. 8. 1931 in Freudenthal
1949 Abitur in Erfurt
1949 – 1951 Landwirtschaftslehre
1951 – 1954 Studium der Landwirtschaft Universität Bonn
1954 Diplom-Landwirt
1955 – 1957 Anfertigung der Dissertation
1957 Promotion – Dr. sc. agr.
1957 – 1961 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Agrikulturchemischen und Bodenkundlichen Institut der Landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Göttingen
1962 – 1963 Wissenschaftlicher Angestellter im selben Institut
1963 – Wiss. Beamter im selben Institut
1963 Kustos z. A.
1965 Kustos
1967 Akademischer Rat
1969 Akademischer Oberrat
Seit 1967 Mitglied verschiedener Selbstverwaltungsgremien der Universität Göttingen
1967 – 1973 Fakultäts-Assistenten-Sprecher
Mitglied des Fakultätsrats
Mitglied der Landesassistentenkonferenz
Mitglied des Konzils und stellv. Mitglied des Senats der Universität Göttingen
1972 – 1974 Dekan der Landwirtschaftlichen Fakultät Univ. Göttingen
1974 – Mitglied der Senatskommission für Bau- und Haushaltsangelegenheiten
1973 – Mitglied der hochschulpolitischen Kommission beim Landesauschuß der SPD in Niedersachsen

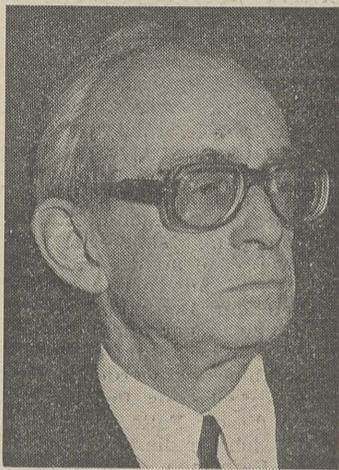
Zusammenarbeit aller Gruppen

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir bitte zunächst zwei Sätze zum Grund meiner Bewerbung, die ja bei dem einen oder anderen eine gewisse Überraschung ausgelöst hat. Ich habe mich um die ausgeschriebene Stelle beworben, weil ich es für sehr unbefriedigend halte, wenn sich aus einer großen, bedeutenden und seit vielen Jahren hochschulpolitisch engagierten Universität nur eine Person zur Wahl stellt. Normalerweise haben diejenigen, die sich aus einer Institution um ein solches Amt bewerben, ein wenig mehr Chancen vor denen, die von außerhalb kommen. Das ist natürlich, weil ein größerer Informationsvorsprung besteht und bessere Kenntnisse über die örtlichen Persönlichkeiten und Verhältnisse vorhanden sind. Sie wissen, daß ich parteipolitisch ungebunden bin, aber ich glaube doch soviel politisches Gespür und demokratisches Verständnis zu besitzen, daß sich sagen könnte, in solch einem Falle, wenn nur ein Bewerber aus der Universität vorhanden ist, kommt es nicht zu einer Wahl, sondern zu einer Akklamation und bei diesem Begriff hat jeder von uns doch natürlicherweise ein un gutes Gefühl.

Nach meiner persönlichen Meinung sollte es bei dem Präsidenten, der ja die Gesamtuniversität auf allen Gebieten und Ebenen zu vertreten hat, der sich um die Belange aller an dieser Universität Tätigen zu sorgen hat, nicht darauf ankommen, ob er ein bißchen mehr von der Verwaltung und ein bißchen weniger von der Lehre versteht oder umgekehrt, sondern es kommt doch eigentlich mehr auf die Persönlichkeit, ihre Haltung, ihre Einstellung zu den Problemen und auch ein wenig auf ihre Verbundenheit mit dieser Universität und ihren Angehörigen an, und wenn das zutreffen sollte, dann ist einfach eine Alternative notwendig, wenn es zu einer wirklichen und echten Wahl kommen soll.

Ich kenne diese Universität seit 13 Jahren aus einer Position heraus, wo man Einblick in alle wesentlichen Vorgänge bekommt. Meine Kenntnisse beruhen aber nicht nur auf meinen eigenen Erfahrungen, ich habe durch unzählige Gespräche mit den Rektoren, Dekanen, dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten naturgemäß auch die Vorstellungen der, wie man früher sagte, akademischen Seite kennengelernt, und alles zusammen genommen setzt mich wohl schon in die Lage zu wissen, wie es um diese Universität steht und was ihr not tut.

Solche Anhörungen haben auch ihre Kehrseiten, weil die Bewerber naturgemäß ein wenig verleitet werden, Verspre-



Achaz von Thümen Foto: Bopp

chungen zu geben, die sie nachher nicht halten können, oder überhaupt den Mund zu voll zu nehmen und es ist immer peinlich, wenn man dann später feststellen muß, daß von den vielen Versprechungen, die damals gemacht wurden, verhältnismäßig wenig gehalten werden konnte. Ich bin also in dieser Hinsicht etwas zurückhaltend, was aber nicht darauf beruht, daß ich keine Vorstellungen hätte, aber ich denke, daß eine gewisse Zu-

rückhaltung hier am Platze ist. Zusagen kann man eigentlich nur das, was man auch aus eigenem Vermögen halten kann, und das wäre in meinem Fall der redliche Wille, für diese Universität und ihre Angehörigen zu sorgen. Ich möchte meine Vorstellungen über die zukünftigen Aufgaben in drei Gruppen einteilen, obwohl ich der Meinung bin, daß es noch viel anderes hier zu sagen gäbe:

1. Aus meiner Sicht, der ich auch eine gewisse Distanz zu den hochschulpolitischen Gruppen aufgrund meines Amtes gehalten habe, wäre es die vordringlichste Aufgabe, sich darum zu bemühen, daß ein Ausgleich zwischen den Gruppen stattfinden müßte.

Ich halte diesen derzeitigen Zustand für ganz und gar unerfreulich. Der Senat hat sicherlich auch nicht ohne Grund in den Ausschreibungstext den Passus aufgenommen, daß der Bewerber die Gewähr für eine Zusammenarbeit aller Gruppen bilden sollte. Nun ist das mit der Gewähr auch so eine Sache, weil man erfahrungsgemäß erst hinterher feststellen kann, ob die Gewähr tatsächlich gegeben war oder sich im Lauf der Zeit eingestellt hat. Ich glaube, daß die Zeit der hohen politischen Konfrontation an der Hochschule zu Ende geht und daß der überraschende Wechsel des Präsidenten eine ganz besondere Chance bietet, hier zu anderen Verhältnissen zu kommen, eine Chance, die auszulassen m. E. sträflich wäre. Natürlich müssen alle Gruppen ihren guten Willen dabei einbringen, und natürlich kann es nicht dabei bleiben, daß man den guten Willen nur beschwört, er muß unter Beweis gestellt und praktiziert werden, aber der Präsident hätte mit gutem Beispiel voranzugehen und wenn die Gruppen diesen aufrichtigen und redlichen Wunsch des Präsidenten spüren, dann werden sie sich nach meiner Auffassung auch nicht lumpen lassen. Ich jedenfalls hätte den Willen hierzu.

2. Natürlich muß die Verbesserung der Studienbedingungen ein Hauptanliegen des Präsidenten sein. Die Studienbedingungen können verbessert werden durch technische und äußere Dinge wie den Bau zusätzlicher Räumlichkeiten, die Verstärkung der Sachmittel und der Planstel-

Universitätskanzler Achaz von Thümen

geboren am 17. 9. 1911
1931 Abitur
1935 1. Jur. Staatsprüfung
1935 - 1936 Wehrmacht
1936 - 1939 Regierungsreferendar
1939 2. Jur. Staatsprüfung
1939 - 1946 Kriegsdienst- und Gefangenschaft
1947 - 1949 Freier Mitarbeiter bei einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Düsseldorf
1950 - 1955 Regierungsrat und stellvertretender Landrat in Calw/Württemberg
1955 - 1958 Regierungsrat, Oberregierungsrat und Referent im Hessischen Finanzministerium in Wiesbaden
1959 - 1961 Verwaltungsdirektor der Universität Marburg/Lahn
1961 - Kurator/Kanzler der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main

len insbesondere für Lehrende. Ich bin so realistisch zu sagen, daß auf diesem Sektor wahrscheinlich in den kommenden Jahren wenig zu holen sein wird, weil die Restriktionen auch die Universitäten erfassen werden und weil es eine Illusion wäre zu glauben, man könnte Nennenswertes auf diesem Gebiet erreichen, wengleich es immer möglich sein müßte, hier und dort Verbesserungen zu erzielen, doch würde das nie ausreichen, um entscheidend zu Verbesserungen beizutragen. Die Universität wird also gezwungen sein, nach innen zu gehen und sich endlich einmal zu bemühen, eine Studienreform zustandezubringen. Daß eine Studienreform im Interesse der Studierenden liegt, dürfte mittlerweile von jedem Studenten anerkannt werden, und daß die Studienreform längst hätte durchgeführt werden müssen, ist auch klar; alle diejenigen, die sich darum bemüht haben, können in dieser Richtung wenig Erfolg aufweisen. Studienreform auch deshalb, weil es wohl das einzige Mittel ist, um den Numerus clausus abzubauen oder zu mildern und mit den vom Lehr- und Studienaustausch erarbeiteten Richtlinien, die den Fachbereichen umfassende Hinweise für die Fertigung von Studienordnungen an die Hand geben, müßte es wohl auch auf diesem Gebiet endlich einmal Fortschritte geben und auch hierin könnte der Präsident mit gutem Willen sicherlich eine Menge zustandebringen.

3. Die Forschung hat an den Hochschulen und auch bei uns in Frankfurt einen schweren

Stand, was nicht zuletzt daher kommt, daß die der Universität aus dem Landeshaushalt zur Verfügung stehenden Mittel überaus gering sind, daß diese Mittel zwangsläufig dem ungeheuren Bedarf der Lehre in erster Linie zufließen, und daß auch die Aufwendungen für naturwissenschaftliche und medizinische Forschung als zum Teil exorbitant hoch bezeichnet werden können, deshalb ist es notwendig, daß wohl Forschungsschwerpunkte geschaffen werden, weil die zur Verfügung stehenden Mittel niemals ausreichen, allen die Möglichkeit zu geben, in vernünftiger Weise zu forschen. Wir haben dankbar zu sein und diese Bemühungen dritter Stellen zu unterstützen (Stiftungen, Bund, DFG), die bestimmte Schwerpunkte in den Universitäten bilden und die entsprechenden Mittel und Planstellen dafür zur Verfügung stellen. Hier besteht die Gewähr, daß es sich wirklich um wissenschaftlich qualifizierte Forschung handelt, die auch laufend überprüft wird, hier besteht aber auch die Gewähr, daß die Antragsteller die zugewiesenen Mittel uneingeschränkt zur Verfügung haben und nicht Sorge tragen müssen, daß sie anders als im Sinne des Auftrags verwendet werden.

Die vorgeschrittene Zeit erlaubt es mir nicht, noch etwas zu sagen, was ich hier eigentlich sagen wollte, und zwar etwas, was ich als Präsident mit Sicherheit nicht tun würde. Vielleicht ist in der Diskussion die Möglichkeit, darauf zurückzukommen.

Achaz von Thümen

Donnerstag, 23. Jan.

A. R. Möller, Division of Physiological Acoustics Karolinska Institutet, Stockholm:

Coding of sounds in the cochlear nucleus

17.15 Uhr, Großer Hörsaal der Biologischen Institute, Siesmayerstraße 70
Veranstalter: Die Dozenten der Zoologie

K. Brunñacker, Köln: Jungquartäre Klimaentwicklung im mediterranen Raum

17.15 Uhr, Senckenberganlage 34, Geowissenschaftlicher Hörsaal
Veranstalter: Fachbereich Geowissenschaften (Geowissenschaftliches Kolloquium)

Dienstag, 28. Jan.

Eckart Zwicker, TU Berlin:

Problematik kybernetischer Planung

15 Uhr, Hörsaal H 6
Veranstaltung im Rahmen des Seminars „Betriebswirtschaftliche Systemtheorie“ von Prof. Jörg Baetge

H.-G. Glaeßer, Frankfurt:

Probleme stadogeographischer Forschung in West-Java. Fallstudie Bandung

16.30 Uhr, Senckenberganlage 36, Seminarraum 308 des Geographischen Instituts
Veranstaltung im Rahmen des Geographischen Kolloquiums

Robert Pink, Kraftwerk Union AG Offenbach/Main:

Konventionelle Kraftwerke

17.15 Uhr, Großer Hörsaal des Physikalischen Vereins, Robert-Mayer-Straße 2-4

Veranstaltung im Rahmen des Seminars „Physikalische Aspekte der Energieversorgung“

R. Aumann, Münster:

Metall-induzierte Umlagerungen und Fragmentierungen gespannter Kohlenwasserstoffe

17.30 Uhr, Chemisches Kolloquium Niederrad
Veranstalter: Institute für Anorganische und Organische Chemie in Niederrad

Veranstaltungen

M. Warnke, Marburg: **Mittelbild des Medici-Zyklus**

18 Uhr, Gräfstraße 76, Raum 801
Veranstalter: Kunstgeschichtliches Institut

W. Loch, Tübingen: **Psychoanalyse - Heilmittel oder Forschungsmethode**

20.15 Uhr, Hörsaal HV
Veranstalter: Institut für Psychoanalyse

Mittwoch, 29. Jan.

L. Genzel, Max-Planck-Institut für Festkörperphysik, Stuttgart:

Optische Eigenschaften von Mikrokristallen

17.15 Uhr, Lorenz Hörsaal, Robert-Mayer-Straße 2-4
Veranstaltung im Rahmen des „Physikalischen Kolloquiums“

Robert Tijdeman, Leiden:

Über die Catalan'sche Vermutung

17.30 Uhr, Robert-Mayer-Straße 10, Raum 711

Veranstalter: Die Dozenten der Mathematik

Freitag, 31. Jan.

R. Schleier, Münster: **Zur Einschätzung der niederländischen Malerei des 17. Jahrhunderts am Beispiel Gerard Ter Borchs**

18 Uhr, Gräfstraße 76, Raum 801
Veranstalter: Kunstwissenschaftliches Institut

Montag, 3. Feb.

Prof. Moraw, Historisches Seminar - Abteilung Landesgeschichte - der Universität Gießen:

Überlegungen eines Historikers zum königlichen Hofgericht des späten Mittelalters

19.30 Uhr, Juridicum, Raum 418
Veranstalter: Seminar für Deutsche Rechtsgeschichte (Rechtsgeschichtliches Abendgespräch)

Dienstag, 4. Feb.

Walter Kertz, TU Braunschweig:

Geothermische Energiequellen

17.15 Uhr, Großer Hörsaal des Physikalischen Vereins, Robert-Mayer-Straße 2-4

Veranstaltung im Rahmen des Seminars „Physikalische Aspekte der Energieversorgung“

Dieter Süverkrüp:

Lieder und Texte (Tournée)

19 Uhr, Hörsaal VI

Mittwoch, 5. Feb.

E. Scholz, Göttingen:

Belustichsan - Nomadenland im Umbruch

19 Uhr, Senckenberganlage 34, Hörsaal der Geowissenschaften

Veranstalter: Frankfurter Geographische Gesellschaft

Donnerstag, 6. Februar

Jürgen von Ungern-Sternberg, Erlangen:

Das Dezemvirat im Spiegel der römischen Überlieferung

15.15 Uhr, Gräfstraße 76, Raum 601

Veranstalter: Seminar für Griechische und Römische Geschichte

Personalien

Wirtschaftswissenschaften

Prof. Dr. CSc. H.G.J. Kosta hat eine Einladung zu einer Gastprofessur an der Carleton University Ottawa (Canada) angenommen. Er wird dort vom 9. 2. 1975 bis 6. 4. 1975 Vorlesungen über die wirtschaftliche Integration in Ost- und Westeuropa sowie über Fragen des Ost-Westhandels halten.

Chemie

Professor Dr. Hartwig Kelm nahm vom 25. bis 29. November 1974 an der 4. Internationalen Konferenz über Hochdruck teil. Die Konferenz fand in Kyoto, Japan, statt. Prof. Kelm hielt zwei Vorträge über „Chemische Reaktionen unter hohem Druck“.

Humanmedizin

Dr. med. Scherberich (Zentrum der Inneren Medizin) wurde am 15. November 1974

in Freiburg die Ludwig-Heilmeyer-Medaille und der damit verbundene Preis verliehen.

Professor Dr. D. Starck (Zentrum der Morphologie) ist das Ehrendoktorat der Philosophie der Universität Wien verliehen worden.

Prof. Dr. H. Schmidt-Matthies (Zentrum der Frauenheilkunde und Geburtshilfe), ist zum Vorsitzenden des Landesverbandes Hessen zur Erforschung und Bekämpfung der Krebskrankheiten ernannt worden.

Prof. Dr. Stelzner, Zentrum der Chirurgie, ist zum korrespondierenden Mitglied der Van-Swieten-Gesellschaft in Wien ernannt worden.

Die Mitgliederversammlung der Deutschen Gesellschaft für Unfallheilkunde e. V. hat Herrn Prof. Dr. H. Contzen, Ärztlicher Direktor der Berufsgenossenschaftlichen Un-

fallklinik Frankfurt am Main, zum 2. stellvertretenden Präsidenten, damit zum designierten Präsidenten der Gesellschaft 1975 gewählt.

Prof. Dr. H.-U. Deppe wurde am 14. Dezember 1974 in Frankfurt auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Medizinische Soziologie in der Bundesrepublik Deutschland zum 2. Vorsitzenden gewählt.

Die akademische Bezeichnung Honorarprofessor wurde verliehen an:

- Prof. Dr. Karl-Heinz Bruntsch
- Prof. Dr. Gerhard Grundmann
- Prof. Dr. Günter Habermann
- Prof. Dr. Malte Kienitz
- Prof. Dr. Erich Landes
- Prof. Dr. Wilhelm Theopold
- Prof. Dr. Rudolf Thurnau
- Prof. Dr. Horst Zimmermann

Gremien

Bei den Nachwahlen im Konvent wurden folgende Mitglieder gewählt:

Prof. Dr. Horst Klein für den Konventsvorstand;
Prof. Dr. Ehlers und stud. Sedlac für den Haushaltsausschuß.

Zu stellvertretenden Mitgliedern wurden gewählt:

Frau Heumann für den Haushaltsausschuß und
Prof. Dr. Vogel für den Bibliotheksausschuß.

UNI-REPORT

Zeitung der Universität Frankfurt am Main. Herausgegeben vom Präsidenten der Universität. Redaktion: Andrea Fülgraff und Reinhard Heisig, Presse- und Informationsstelle der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt, D-6 Frankfurt am Main 1, Senckenberganlage 31, Telefon 06 11 / 7 98 - 25 31 oder 24 72, Telex 0 413 932 unif d. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. UNI-REPORT erscheint alle 14 Tage am Donnerstag, mit Ausnahme der Semesterferien. Die Auflage von 15 000 Exemplaren wird an die Mitglieder der Universität Frankfurt am Main verteilt. — Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 6 vom 1. Oktober 1974 gültig. — Druck: Union-Druckerei, 6 Frankfurt am Main.

Aufgespießt

„Die Förderung des Hochschulsports ist in dem jetzt vom Bundestag beschlossenen Hochschulrahmengesetz als eine Aufgabe der Hochschule verbindlich geregelt worden. Damit wurden im Deutschen Bundestag lange dauernde Bemühungen für eine Verankerung des Sports als eine bedeutende Aufgabe der Hochschule abgeschlossen. Es bedurfte wiederholter und zäher Anstrengungen, um dieses Ziel zu erreichen.“

(Friedel Schirmer, Vorsitzender des Sportbeirates beim Vorstand der SPD, in den Pressemitteilungen und Informationen der SPD vom 18. 12. 1974)

Umzug

Das Dekanat des Fachbereichs 15 Biochemie und Pharmazie ist in die Robert-Mayer-Straße 7-9, Dachgeschoss, Räume 407/410 umgezogen. Die Telefonnummer 22 04 hat sich nicht geändert.

Im Fachbereich Religionswissenschaften, Betriebseinheit Evangelische Theologie ist die Stelle einer

STUDENTISCHEN HILFSKRAFT

zu besetzen. (Monatlich 40 Stunden.)

Bedingung: 4 Semester Studium.

Beschäftigungsdauer: Vom 1. 4. bis 30. 6. 1975.

Bewerbungen sind zu richten an den geschäftsführenden Direktor der BE Evangelische Theologie, Sekretariat, Telefon 798-2585.

Am Institut für Meteorologie und Geophysik — Fachbereich Geowissenschaften — ist die Stelle eines

TECHNISCHEN ASSISTENTEN

in der Vergütungsgruppe BAT V b zu besetzen.

Aufgabenbereich: Technische Betreuung luftchemischer Messungen in Frankfurt am Main und auf dem Kleinen Feldberg/Ts. Apparative Vorbereitung von Meßflügen.

Bewerbung erbeten an: Professor Dr. H. W. Georgii, Frankfurt am Main, Feldbergstraße 47, App. 23 75.

Im Institut für Physikalische Chemie ist die Stelle einer

SEKRETÄRIN IVb

(Sekretariat Prof. Hartmann) zu besetzen.

(Erforderlich ist Schreiben von englischen Texten nach Diktat auf Band. Steno erwünscht. Fundierte Allgemeinbildung wird vorausgesetzt.)

Schriftliche Bewerbungen an das Institut f. Physikal. Chemie d. Univ., Robert-Mayer-Straße 11. Telefonische Anfragen unter 798-23 52.

MITARBEITERIN

an einem wissenschaftlichen Projekt in Pädagogik gesucht. Kontaktaufnahme unter Telefon (0 61 73) 6 24 59 (Benthal).

Am Pharmakognostischen Institut (FB 15) ist zum 1. April 1975 die Stelle eines

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERS (BAT IIa)

zu besetzen.

Das Aufgabengebiet umfaßt die Mitarbeit in der Lehre (Vor- und Nacharbeit sowie Assistenz bei der Durchführung von Übungen, insbesondere des Pharmazeutisch-biologischen Praktikums I und III, Vorbereitung von Vorlesungsdemonstrationen, Betreuung von studentischen Arbeitsgruppen usw.), in der Forschung und bei Routinearbeiten.

Schriftliche Bewerbungen sind bis zum 14. Februar 1975 zu richten an: Prof. Dr. G. Schneider, Pharmakognostisches Institut der Universität Frankfurt am Main, Georg-Voigt-Straße 16.

Im Fachbereich Erziehungswissenschaften, wissenschaftliche Betriebseinheit Schulpädagogik der Sekundarstufe ist ab 1. 3. 1975 die Stelle einer

SEKRETÄRIN

(Vollbeschäftigung, Vergütungsgruppe BAT VII) zu besetzen.

Schriftliche Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind bis zum 7. 2. 1975 zu richten an: Institut für Schulpädagogik der Sekundarstufe einschl. des berufsbildenden Schulwesens, Universität Frankfurt a. M., Senckenberganlage 13-17, 10., 12. und 13. Stock, Telefon 798-22 10.

Weiterhin ist ab 1. 4. 1975 zu besetzen die Stelle einer

SEKRETÄRIN

(Halbtagsbeschäftigung, Vergütungsgruppe BAT VII). Schriftliche Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind bis zum 7. 3. 1975 zu richten an: Institut für Schulpädagogik der Sekundarstufe einschl. des berufsbildenden Schulwesens, Universität Frankfurt am Main, Senckenberganlage 13-17, 10., 12. und 13. Stock, Telefon 798-22 10

Im Fachbereich Geowissenschaften ist voraussichtlich ab 1. 2. 1975 die Stelle einer

WISSENSCHAFTLICHEN HILFSKRAFT OHNE ABSCHLUSS

zu besetzen, die der Professur für Physik der Atmosphäre zugeordnet ist.

Arbeitszeit: 70 Stunden/Monat.

Einstellungsvoraussetzung: Diplom-Vorprüfung.

Die Tätigkeit umfaßt die Vor- und Nachbereitung der Übungen an der Wetterkarte mit dem Bildschreiber und ihre Archivierung.

Bewerbungen erbeten an: Prof. Dr. H. W. Georgii, 6 Frankfurt am Main, Feldbergstraße 47, App. 2375.

Am Seminar für Bankbetriebslehre ist die Stelle einer

SEKRETÄRIN

neu zu besetzen.

Die Bewerberin sollte über gute Schreibmaschinen- und Stenographiekenntnisse verfügen und mit allgemeinen Büroarbeiten vertraut sein.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden erbeten an: Prof. Dr. Wolfram Engels, Seminar für Bankbetriebslehre, 6 Frankfurt am Main, Mertonstraße 17

Wegen Erweiterung der Aufgabengebiete und Freiwerden von Planstellen durch berufliche Förderung der Stelleninhaber bestehen im **Klinikum der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Frankfurt am Main**, noch einige Einstellungsmöglichkeiten für qualifizierte

BEAMTE des mittleren Dienstes

zur Wahrnehmung interessanter Aufgaben im Hochschul- und Krankenhauswesen.

Ihnen wird die Möglichkeit geboten, in den gehobenen Dienst aufzusteigen. Auch qualifizierte Verwaltungsangestellte können sich bewerben.

Bitte rufen Sie an, kommen Sie vorbei oder bewerben Sie sich bei: **Klinikum der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, 6 Frankfurt am Main 70, Theodor-Stern-Kai 7, Telefon: 63 01-51 02.**

Im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Seminar für Hochschuldidaktik der Wirtschaftswissenschaften ist die Stelle eines

WISSENSCHAFTLICHEN BEDIENSTETEN (BAT IIa)

zum 1. 3. 1975 zu besetzen.

Der Bewerber sollte ein abgeschlossenes wirtschaftswissenschaftliches Studium nachweisen können und außerdem über Kenntnisse und Erfahrungen auf einem oder mehreren der folgenden Gebiete verfügen: Empirische Studienforschung, Curriculumtheorie, wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Simulation, Gruppenpsychologie.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind bis zum 7. 2. 1975 zu richten an: Prof. Dr. U. P. Ritter.

Im Seminar für Didaktik der deutschen Sprache und Literatur ist ab sofort eine Stelle als

VERWALTUNGSANGESTELLTE (BAT VIb)

zu besetzen.

Erwartet werden gute Fähigkeiten zur selbständigen Erledigung organisatorischer Arbeiten in der allgemeinen Verwaltung des Seminars sowie Schreibmaschinenkenntnisse.

Bewerbungen sind zu richten an das Seminar für Didaktik der deutschen Sprache und Literatur, 6 Frankfurt a. M., Georg-Voigt-Str. 12 (Geschäftsführung).

Die Abteilung für studentische Angelegenheiten sucht eine

VERWALTUNGSANGESTELLTE

für die Auslandsstelle. Gute Schreibmaschinenkenntnisse sind Bedingung, Fremdsprachenkenntnisse erwünscht. Vergütung: BAT VII/Vib.

Interessenten wenden sich bitte an Frau Heidenreich; Telefon: 23 07.

Im Kristall-Labor des Physikalischen Instituts ist im Rahmen des aus Sondermitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Sonderforschungsbereiches 65 „Festkörperspektroskopie“ die Stelle eines

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERS

neu zu besetzen.

Erfahrungen auf dem Gebiet der Kristallzucht sind Voraussetzung. Die Dotierung erfolgt nach dem BAT Verg. Gruppe Ia/Ib/IIa je nach Qualifikation.

Bewerbungen sind bis zum 25. Januar 1975 zu richten an den Sonderforschungsbereich 65, Geschäftsstelle, 6 Frankfurt am Main 1, Robert-Mayer-Straße 2-4.

An der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main ist ab 1. März 1975 die Stelle des

LEITERS DER PERSONALABTEILUNG

(Beamter des gehobenen Dienstes — Oberamtsrat A 13 HBesG) zu besetzen.

Bewerber sollen über umfassende Kenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiete des Personalwesens verfügen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, Zeugnisse usw.) werden bis 15. Februar 1975 erbeten an den

Kanzler der Johann Wolfgang Goethe-Universität, 6 Frankfurt am Main, Schumannstraße 58.

Im Fachbereich 17 — Geowissenschaften — sind am **Geologisch-Paläontologischen Institut** ab 1. April 1975 drei Stellen für

STUDENTISCHE HILFSKRÄFTE

(ohne Abschluß) zu besetzen.

Arbeitszeit: 50 Stunden pro Monat; Bezahlung entsprechend den Richtlinien der Universitätsverwaltung.

Aufgaben: Ordnungsarbeiten in den Lehr- und Forschungssammlungen des Instituts, Arbeiten zur Vorbereitung von Lehrveranstaltungen, Arbeiten zur Unterstützung des Bibliotheksassistenten.

Voraussetzungen: abgeschlossenes Vordiplom, Kenntnisse in der Geologie.

Bewerbungen sind bis spätestens 15. März 1975 an den Geschäftsführenden Direktor des Geologisch-Paläontologischen Instituts, Senckenberganlage 32-34, zu richten.

In der **Liegenschafts- und Technischen Abteilung**, Schumannstraße 58/60, ist die Stelle eines

AMTMANNES (A 11 HBesG)

ab sofort zu besetzen.

Aufgabengebiet: Genehmigungspflichtige Tätigkeiten nach dem Atomgesetz und der Strahlenschutzverordnung;

Beschaffung von Geräten zur Erfüllung von Sicherheitsauflagen;

Beschaffung von wiss. Großgeräten nach dem HBF; Schadenersatzleistungen (Haftpflicht) und Diebstahlsangelegenheiten;

Kraftfahrzeugangelegenheiten einschl. Exkursionsbus; Dienst- und Schutzkleidung.

Bewerbungen sind bis 15. Februar 1975 zu richten an den Kanzler der Johann Wolfgang Goethe-Universität

Frankfurt am Main, Schumannstraße 58/60.

An der Professur für Volkswirtschaftslehre — insbesondere Außenwirtschaft und Ökonomie der Entwicklungsländer ist ab 1. April 1975 die Stelle einer

SEKRETÄRIN BAT VII

zu besetzen. Die Bewerberin sollte außer guten Kenntnissen in Stenographie und Maschinenschreiben über englische Sprachkenntnisse verfügen.

Wenn Sie an einer weitgehend selbständigen Tätigkeit interessiert sind, richten Sie Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen bitte an die Professur für Volkswirtschaftslehre — insbesondere Außenwirtschaft und Ökonomie der Entwicklungsländer, Mertonstraße 17-25 oder rufen Sie unter Tel. 7 98 - 33 32 an.

Lehrer für ausländische Kinder

Als Diskussionsbeitrag ist der folgende Vorschlag von Annetrain Göring-Mendel für einen Studiengang zur Ausbildung von Lehrern für ausländische Kinder zu verstehen. Es ist selbstverständlich, daß die hier angerissenen Problemstellungen einer differenzierten, lernzielorientierten Curricula-Debatte bedürfen, um die Studiengangentwicklung voranzutreiben. Annetrain Göring-Mendel ist Koordinationsreferentin für Studienberatung an der Universität Frankfurt.

Soweit zu erkennen ist, existiert bis heute an keiner westdeutschen Universität ein ordentlicher Studiengang für künftige Lehrer ausländischer Kinder. Trotz der Aktivität und trotz des Engagements zahlreicher Einzelner und Gruppen, die sich der (Aus-) Bildung ausländischer Kinder annehmen.

Dieser Faktor ist nur einer unter weiteren, die die bisherige Reformunwilligkeit oder Reformunfähigkeit unseres Hochschulwesens ausmachen. Es gilt hier nicht, ihn anzuklagen, sondern: ihn aufzuweichen, innovativ zu durchlöchern, um Denk- und Reformansätze zu geben, Möglichkeiten aufzuzeigen, wie trotz des zu beklagten Mangels konkreter Studiengänge Lehrer für Kinder anderer Muttersprache an deutschen Schulen ausgebildet werden können.

Will sich ein Frankfurter Student speziell auf diesen Adressatenkreis konzentrieren, muß er sich einen eigenen Studiengang zusammenstellen, kann er sich aber der Möglichkeit, durch das Studium in 15 von 19 Fachbereichen handlungsrelevantes Wissen zu erwerben, bedienen. Den Ordnungsrahmen seines Studiums geben die jeweiligen Verordnungen für die 1. Staatsprüfungen für das Lehramt an Sonder-, Grund-, Haupt- und Realschulen und Gymnasien.

Bericht aus der Praxis: Studienberatung zu Beginn des WS 74/75

Eine künftige Studentin, 25 Jahre alt, frühere Fremdsprachensekretärin, 2. Bildungsweg, wollte Speziallehrerin für ausländische Kinder auf der Sekundarstufe I werden. Ihr war bewußt, daß sich ihre künftige Schülerpopulation in nicht geringem Maß von deutschen Schülern unterscheidet: ausländische Kinder sprechen nicht oder nur mangelhaft die Schulsprache Deutsch, sie entstammen einem sozio-kulturellen Umfeld, das sich vom deutschen unterscheidet, ihre Traditionen sind spezifische, ihre Kommunikationsmuster, auch die a verbalen, unterscheiden sich von denjenigen ihrer deutschen Mitschüler, sie singen andere Lieder in anderen Tonarten, gehören z. T. nicht-christlichen Religionsgemeinschaften an, sie spielen andere Spiele und essen anderes Essen als die deutschen Schüler... Diese Besonderheiten müssen vom Lehrer gewußt, d. h. wissenschaftlich und mentalitätsdurchdrungen werden, will er mehr als nur Notstandslehrer für das ausländische Kind sein.

Die Kommilitonin, von der hier die Rede ist, wollte keine Notstandshilfe werden. Daher entschloß sie sich folgender Fächerkombination: Deutsch, Sozialkunde, Englisch. Die Sprachdidaktik Englisch wählte sie mangels der Möglichkeit, an der Frankfurter Universität „Deutsch als Fremdsprache“ studieren zu können.

Aufruf der gewählten und anvisierten Studieninhalte

Deutsch:

Es wird sich angesichts der oben geschilderten Mängel als nützlich erweisen, den Stu-

dienschwerpunkt im Fach Deutsch auf die kompensatorische Ergänzung der sprachlichen und sozialen Kommunikation des ausländischen Kindes zu legen. Konkret könnte das heißen, daß sich die Studierenden auf spezielle Kapitel der internationalen und deutschen Jugendbuchforschung, auf den Erwerb der Schreib- und Lesefähigkeit in Deutsch sowie auf den Einsatz audio-visueller Medien im Deutschunterricht unter Einbeziehung von Literatur aus der Arbeits- und Sozialwelt konzentrieren.

Sozialkunde:

Hier sollten Studienschwerpunkte auf die Erkundung des neuen Lebensraumes, der Ar-

A.I.E.S.E.C.

bietet WiWi-Studenten in den diesjährigen Semesterferien ein mehrmonatiges

Praktikum

bei der Chase-Manhattan-Bank.

Bewerbungen bitte an den A.I.E.S.E.C., Hauptgebäude, Raum 69.

beits- und Sozialwelt ausländischer Arbeiter angesetzt werden, um durch temporäre Identifikation mit den Informationsdefiziten der ausländischen Kinder diesen die Integration in die fremde Umwelt u. a. auch durch Projektarbeit zu erleichtern. Kapitel aus der Geschichte der Arbeitermigration, gekoppelt mit Schwerpunkten aus dem Deutschunterricht sowie Medienkunde werden diesen Studienbereich abrunden können.

Sprachdidaktik:

Die Sprachdidaktik, aufgrund der Sprachvorkenntnisse der ratsuchenden Kommilitonin gewählt, sollte Transfermöglichkeiten in den Unterricht Deutsch als Fremdsprache ermöglichen. Praktische Übungen im Sprachlabor, Tests von Sprachlehrmaterialien werden sich im Lauf des Studiums anschließen, wobei davon ausgegangen wird, daß möglicherweise noch während der Studienzeit der Studentin sich ein sprachlehr-praktischer Zweig für die Unterrichtung des Kindes anderer Muttersprache an der Frankfurter Universität entwickelt.

Grundwissenschaft Pädagogik:

Der Bereich des Lehrstudiums sollte für diesen speziellen Studiengang sich in mindestens zwei Hauptrichtungen ausdehnen: in die Bereiche: Internationale vergleichende Pädagogik und Medienpädagogik. Soweit Raum bliebe, wäre es empfehlenswert, sich der Pädagogik der außerschulischen Bildungsarbeit für ausländische Kinder zu nähern, um aus der Schule hinaus in die peer-group der Schüler ausstrahlen zu lernen. Gezielte sozialpädagogische Praktika würden diese Bereiche des wissenschaftlichen Studiums handlungsrelevant und praktisch anwendbar machen und somit feedback-Felder für die Verhaltensänderungen der Studierenden abgeben.

Grundwissenschaft Psychologie:

Als wichtigster Schwerpunkt des grundwissenschaftlichen

Psychologiestudiums muß die Bearbeitung der folgenden Themenkomplexe gelten: Gesellschaftliches Vorurteil, Reaktionsbildungen darauf, Psychologie des Ghettos und der Randgruppe. Ausgewählte Kapitel aus der Lernpsychologie wie aus der kulturanthropologisch-vergleichenden Psychologie gehören selbstverständlich in den inhaltlichen Kanon dieser Grundwissenschaft, der die Studenten befähigen soll, sich auf das ausländische Kind einzustellen und seine psychophysischen Reaktionen adäquat bewerten zu können. Da gerade auf diesem Gebiet allenthalben erhebliche Defizite im Hinblick auf die kontrollierte Selbsterfahrung mit den eigenen Vorurteilen zu beobachten sind, wurde im Rahmen der hier beschriebenen Studienberatung die Teilnahme an Langzeit-Supervisionen (in Selbsterfahrungsgruppen oder gruppendynamischen Laboratorien) erwogen. Lehrübungen und Hospitationen in Spezialklassen sollten ebenfalls nicht aus diesem Grundstudium ausgeschlossen werden.

Grundwissenschaft Politologie:

Es ist selbstverständlich, daß Lehrer für ausländische Kinder über deren rechtlichen Status in der BRD bestens informiert werden müssen. Auf dem Studium des Fremden- sowie des Arbeitsrechtes muß die Grundwissenschaft Politologie basieren. Weitere Studieninhalte sollten sich auf Bereiche der politischen Ökonomie und der speziellen Probleme von Entwicklungsländern beziehen. Über die Teilnahme ausländischer Arbeitnehmer an der Gestaltung des politischen Alltags im Aufnahmeland müßten die Lehrer ausländischer Kinder ebenfalls Wissen besitzen, um so die Interessen der Eltern ih-

rer Schüler mindestens intentional unterstützen zu können. **Grundwissenschaft Soziologie:** Im Kontext mit den vorherigen Studienschwerpunkten steht die Soziologie als ein integratives Moment vor den Studierenden: sie bietet die Verknüpfung möglicherweise disperat angebotener oder unintegriert verarbeiteter Wissensbereiche durch ihre speziellen Forschungsansätze und Denkmethoden. Die Soziologie der Randgruppen muß ebenso wie die soziologischen Aspekte der gesellschaftlichen Ausstoßungs- bzw. Anpassungsmechanismen im Studium des Lehrers für ausländische Kinder ausgewiesen werden. Politische Soziologie sowie die soziologisch relevanten Phänomene der Migrationsbewegungen werden diese Grundwissenschaft inhaltlich auffüllen müssen.

Annetrain Göring-Mendel

Rückmeldung

Die Studenten der Universität Frankfurt können sich zum Sommersemester wieder sowohl schriftlich als auch mündlich zurückmelden. Die Termine:

3. 2. bis 7. 3. 1975 schriftlich
3. 2. bis 27. 3. 1975 mündlich
Rückmeldungen, die nach dem 27. 3. 1975 beantragt werden, sind nur in besonders begründeten Fällen möglich und mit einer Säumnisgebühr von 15 DM verbunden. Die Rückmeldeunterlagen werden in der zweiten Januarhälfte an die Heimatadresse der Studenten (bei Ausländern an die Semesteradresse) verschickt. Die Bewerbungsfrist für Gasthörer ist vom 3. 2. 1975 bis zum 27. 3. 1975. Die Bewerbung muß persönlich beim Studentensekretariat beantragt werden. Vorlesungsbeginn ist der 1. 4. 1975.

Hilfe für Chilenen

In einem offenen Brief an die Staatssekretärin im Hessischen Kultusministerium, Dr. Vera Rüdiger, hat das Frankfurter „Solidaritätskomitee für Chile“ um Unterstützung für die Frei-

YANKEE
Original US-Air-Force
Fallschirmspringerstiefel
Der Gag und Modehit
für junge Leute
Gr. 39-48 nur **DM 79,85**
Gr. 33-38 nur
DM 64,50
Vers. Post NN, garant. Umtausch u. Rückgaberecht, bei Nichtgefallen Geld zurück!
ÜBERSEE-IMPORT-CENTER
592 Bad Berleburg, Postfach 1150



lassung der Professoren José Cardemartori und Sergio Vuskovich gebeten. In dem Brief vom 16. Januar heißt es:

Leserbriefe

Abitur — noch Hochschulzugangsberechtigung?

Die Frage, ob man das Abitur als grundsätzliche Hochschulzugangsberechtigung durch ein besonderes Zugangsverfahren ersetzen soll, das dann erst die Hochschulberechtigung verleiht, wird durch die Beschlüsse der 111. Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) vom Juli 1974 wieder verstärkt diskutiert.

Ausgangsüberlegung dieser Beschlüsse ist vor allem die unterschiedliche Kritik am bisherigen Abitur.

— Man geht von einer mangelnden Vergleichbarkeit der Abiturnoten aus. Aber nicht nur innerhalb der Hochschulzugangsberechtigung Abitur, sondern auch zwischen dem Abitur und den anderen heute möglichen Zugangsberechtigungen ist eine Vergleichbarkeit nicht ausreichend gegeben.

— Außerdem wird der prognostische Aussagewert des Abiturs in Zweifel gezogen. Das Abitur gibt nur unzureichende Hinweise auf den Erfolg in einem bestimmten fachspezifischen Studium, über den Erfolg im Studium generell und über die Motivation des Berechtigten.

— Schließlich wird durch die starke Orientierung an Durchschnittsnoten die Konkurrenz im Schulbereich erhöht, die Sekundärmotivation erweitert und die Gefahr der Gefälligkeitsnotengebung gesteigert. Trotz dieser weitgehend zu-

treffenden Analyse des Abiturs hält der RCDS an dem Abitur als Hochschulzugangsberechtigung fest. Die richtige Antwort auf die mangelnde Aussagekraft des Abiturs sollte nicht sein, das Abitur abzuschaffen und über eine Hochschuleingangsprüfung das Problem der Berechtigung auf die Hochschulen zu übertragen, sondern die Forderung nach einer Stärkung der Aussagekraft des Abiturs. Dies hat beispielsweise zur Folge, daß durch bestimmte Rahmenfestlegungen auf Bundesebene die Vergleichbarkeit erhöht wird.

— Die Trennung von Abitur und Hochschulzugangsberechtigung wird in der Praxis darauf hinauslaufen, daß nur noch so viele hochschulzugangsberechtigt sind, wie Studienplätze vorhanden sind.

— Im übrigen löst eine Hochschuleingangsprüfung das Problem der Leistungsbemessung keineswegs optimaler. Im Gegenteil, durch den relativ kurzen Prüfungszeitraum ist die Gefahr der Fehlentscheidung größer als beim Abitur, das Leistungen über einen längeren Zeitraum beobachten läßt. Der RCDS hält deshalb am Abitur als Hochschulzugangsberechtigung fest. Die Abiturnoten müssen also bei verändertem Abitur und eventuell anderer Gewichtung bei der Zulassung berücksichtigt werden.

Wilhelm Kins,
Vorsitzender der KU/RCDS

Dr. L. Bröker †

Dr. Leopold W. Bröker, seit 1970 Ehrenbürger der Universität Frankfurt am Main, starb am 11. Januar 1975 im Alter von 68 Jahren.

Dr. Bröker war seit 1963 Mitglied des Vorstands der „Vereinigung der Freunde und Förderer der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main e. V.“. In seiner Eigenschaft als Schatzmeister dieser Vereinigung hat er sich besondere Verdienste um die Förderung der wissenschaftlichen Forschung und Lehre erworben.



Leopold Bröker Foto: Bopp

Keine Aussicht auf eine Personalkantine

Immer wieder klagen die Bediensteten der Universität Frankfurt im Kernbereich über die mangelhafte Essensversorgung. Sie sind darauf angewiesen, in die ohnehin viel zu kleine Mensa zu gehen und dort lange Wartezeiten in Kauf zu nehmen, oder aber in Vertragsgaststätten zu essen, wo sie kräftig zur Kasse gebeten werden (Essenzuschuß 1 DM).

Die Aussicht auf eine zweite Mensa bedeutet für viele Bedienstete keine Lösung des Problems. Sie fordern eine gesonderte Personalkantine. Dies wurde zu Beginn dieses Wintersemesters auf einer Mitgliederversammlung der ÖTV-Betriebsgruppe ebenso deutlich wie auf einer Personalversammlung.

Die ÖTV-Betriebsgruppe hat die seit Jahren bestehende Forderung nach einer Personalkantine für die rund 2000 Bediensteten im Uni-Kernbereich in einem Schreiben an den Hessischen Kultusminister vom 27.11.1974 vorgetragen. Sie zitiert darin die Richtlinien für Kantinen bei den Dienststellen des Landes Hessen aus dem Jahr 1968, woraus sich klar die Berechtigung dieser Forderung ergibt. Ferner weist sie das Argument zurück, daß der geplante Bau der zweiten Mensa die

Forderung hinfällig werden lasse.

„Im Gegenteil“, so heißt es in dem Schreiben der ÖTV, „die Mensa in ihrer gegenwärtigen und auch in einer erweiterten Form ist nur geeignet, den Ansturm der Studenten zu bewältigen. Kämen hierzu noch etwa 1000 Bedienstete zu Tisch zwischen 12 und 13 Uhr, würde der ohnehin angespannte Betrieb der Mensa total zusammenbrechen. Den Bediensteten steht nur eine bestimmte Pausendauer zu einer bestimmten Uhrzeit zur Verfügung. Langes Anstehen, wie in der Mensa üblich, ist also für die Bediensteten nicht zumutbar.“

Der Kultusminister hat das ÖTV-Schreiben am 18.12.1974 beantwortet und dabei die Forderung nach einer Personalkantine als nicht erfüllbar zurückgewiesen. Er schreibt: „Die von Ihnen dargelegten Probleme bei der Essensversorgung des Personals der Universität sind mir bekannt. Nicht zuletzt aus diesem Grunde habe ich mich nachdrücklich für die Errichtung

einer zweiten Mensa im Kernbereich der Frankfurter Universität eingesetzt. Nach der inzwischen abgeschlossenen Planung kann der Bau beginnen, sofern die neugewählte Landesregierung und der neugewählte Landtag nicht eine andere Auffassung vertreten sollten. Mit Fertigstellung der Mensa 2 wird auch die Lage für die Essensversorgung der Bediensteten entspannt werden.

Wenn darüber hinaus noch weiter die Notwendigkeit bestehen sollte, an der Absicht des Baues einer eigenen Personalkantine festzuhalten, so ist es Sache der Selbstverwaltungsorgane der Universität, dieses Anliegen unter Beachtung der übrigen Prioritäten in das Hochschulbauprogramm Frankfurts aufzunehmen und mir vorzulegen. Angesichts der absehbaren Entwicklung der Landesfinanzen und der übrigen bisher vorgelegten Bauwünsche der Universität wird es allerdings außerordentlich schwierig sein, das Projekt in absehbarer Zukunft zu realisieren.“

Austauschprofessur (-dozentur) am Trenton State College, USA

Für das Studienjahr 1975/76 steht am Trenton State College, N. J., USA, wieder eine Austauschprofessur (-dozentur) zur Verfügung. In den vergangenen Jahren haben die deutschen Austauschprofessoren (ggf. einschließlich Familie) von amerikanischer Seite freie Wohnung auf dem College Campus und eine freie Mahlzeit erhalten. Von deutscher Seite erfolgt Beurlaubung durch den hessischen Kultusminister bei Fortzahlung aller Dienstbezüge und Abdeckung der Reisekosten über einen Fulbright Travel Grant. Üblich ist ebenfalls ein Zuschuß zum Ausgleich der ungünstigen Dollarparität. Diese Bedingungen werden voraussichtlich auch für 1975/76 gelten. Von dem deutschen Gastprofessor wird erwartet, daß er seine Lehrveranstaltungen mit dem Institutsleiter in Trenton abstimmt und in der Lage ist, in englischer Sprache zu lehren.

Interessenten aus allen Fachbereichen werden gebeten, sich zu wenden an den Vorsitzenden des Ausschusses für Auslandsbeziehungen beim Didaktischen Zentrum, Herrn Dr. Kujaw, Didaktisches Zentrum, Senckenberganlage 13-17, 2. Stock, Zimmer 231, Telefon 7 98-37 97. Die Bewerbungsfrist wurde bis zum 25. 1. 1975 verlängert.

Wohnung gesucht

Für einen amerikanischen Gastwissenschaftler, der ab Juni oder Juli 1975 sein „sabbatical year“ in Frankfurt verbringen will, wird eine möblierte

4- bis 6-Zimmer-Wohnung für 1 Jahr gesucht. Nachrichten erbeten an Herrn Prof. Dr. H. Sillescu, Institut für physikalische Chemie, Robert-Mayer-Str. 11.

„Quatier Latin“

Zum 21. Mal heißt es am 31. Januar und am 1. Februar 1975: „Türen auf für Frankfurts größtes Faschingsfest Quatier Latin“. Von 19.00 Uhr bis in den frühen Morgen werden fünf Musikgruppen, unterstützt von zwei Diskotheken, mit mehreren 1000 Schallplatten und fast 10 000 Watt Verstärkerleistung Non-Stop die nötige phonetische Kulisse liefern. Eintrittspreise sind dieselben wie im vergangenen Jahr. Studierende zahlen am Freitag 8 DM; nichtstudierende Gäste 12 DM, am Samstag kostet der Spaß für Studierende (Ausweis nicht vergessen!) 10 DM, für alle anderen 15 DM. Bier gibt es die Flasche Henninger für 1,70 DM, Whisky macht 2 DM, und eine ganze Flasche Sekt wird mit 12,50 DM in Rechnung gestellt. Der Erlös der Veranstaltung dient traditionsgemäß gemeinnützigen Zwecken.

Die nächste Ausgabe von UNI-REPORT

erscheint am 6. Februar 1975. Redaktionsschluß ist der 31. Januar 1975, in Ausnahmefällen auch später.

UNI-REPORT steht im Rahmen seiner Möglichkeiten allen Universitätsmitgliedern für Veröffentlichungen zur Verfügung.

Plastiken von Wolf Spemann

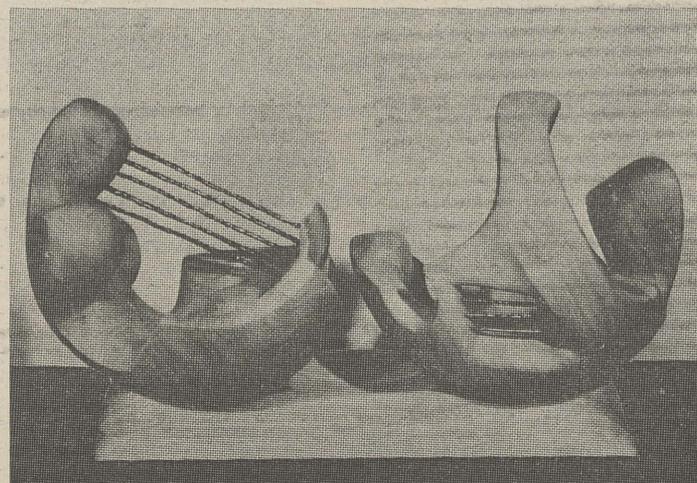
Eine Ausstellung von Plastiken des Frankfurter Bildhauers Wolf Spemann veranstaltet der Lehrstuhl für Christliche Archäologie und Kunstgeschichte der Universität Erlangen-Nürnberg vom 16. Januar bis zum 18. Februar. Spemann, Oberstudienrat im Hochschuldienst für Kunstziehung im Fachbereich Klassische Philologie und Kunstwissenschaften an der Universität Frankfurt, hat zur Eröffnung der Nürnberger Ausstellung eine Gastvorlesung zum Thema „Ein Beitrag zum Problem der kinetischen Plastik“ gehalten.

Für seine Plastiken verwendet der 43jährige Spemann, der u. a. bei Ewald Mataré in Düsseldorf studiert hat, vorwiegend Holz, daneben auch Polyester, Bronze, Eisen, Stein, Keramik und andere Materialien. Seit 1959 widmet er sich neben seinen künstlerischen Arbeiten zunehmend der Lehrtätigkeit.

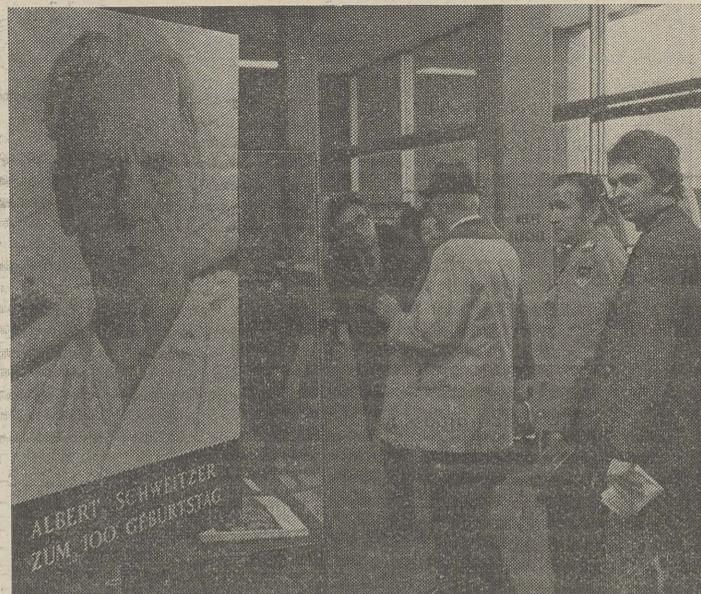
Spemanns Arbeiten konzentrieren sich, wie es in dem Ausstellungskatalog heißt, „auf zwei Themenkreise: den Widerwillen gegen menschi-

chen Machthunger, gegen Gewalt und Krieg und die Suche nach ausgewogener Mittelmenschlichkeit. In der ihm eigenen Symbolsprache ist der Stacheldraht das Zeichen der Gewalt in unserer Zeit... Die Bindung zwischen Mann und Frau und die Familie bedeuten für ihn letzte Rückzugsmöglichkeit aus einer Umwelt, de-

ren Wertmaßstäbe er weitgehend in Frage stellt.“ Auffallend an Spemanns Arbeiten sind runde, geschlossene Formen, die aus der Kugelgestalt entstehen. Seit 1968 hat er seine Plastiken häufig so angelegt, daß man sie ertasten, die Teile auseinander und zusammensetzen kann, um sie zu „begreifen“.



Wolf Spemann: Orpheus und Eurydike



Die Öffnungszeiten der Ausstellung (siehe Bericht) sind Montag bis Freitag von 8.00-20.00 Uhr und Samstag von 9.00-18.00 Uhr.

Foto: Heisig

Schweitzer-Ausstellung

In der Stadt- und Universitätsbibliothek ist bis zum 5. Februar die Ausstellung „Albert Schweitzer – Ehrenbürger der Stadt Frankfurt zum 100. Geburtstag“ zu sehen. Gezeigt werden seine Werke, Photographien sowie repräsentatives Schrifttum und andere Materialien über Albert Schweitzer. Die Ausstellung ist in verschiedene Gebiete gegliedert: Der Theologe, Der Philosoph, Gesammelte Werke und Sekundärliteratur, Festschriften, Albert Schweitzer und seine Beziehung zu Frankfurt, Frankfurter Institutionen, die nach Schweitzer benannt wurden und Friedensnobelpreis, Lambarene, Der Musiker.

Zur Eröffnung der Ausstellung würdigte Oberbürgermeister Rudi Arndt den größten Ehrenbürger der Stadt Frankfurt, Frankfurt erkannte die Bedeutung Schweitzers schon sehr früh, bereits 1928 ehrte sie ihn durch den Goethe-Preis, der zuvor erst einmal verliehen worden war. Dr. Posselt vom Albert-Schweitzer-Archiv skizzierte

das theologisch-philosophische Gedankengebäude des berühmten „Urwald-Doktors“. Der Schauspieler Peter Roggisch las Ausschnitte aus Schweitzers wichtigen und noch heute aktuellen Rede, die er 1954 hielt, als ihm der Friedensnobelpreis verliehen wurde.

Pupille-Programm

Die „Pupille“ veranstaltet im Januar und Februar Frauenfilmtage. Die Spielzeiten sind jeweils um 19.30 Uhr und 22.00 Uhr. Eintritt: Schüler, Studenten und Lehrlinge 3 Mark, andere Besucher 4 Mark.

Programm vom 24. 1. bis 5. 2.:

Freitag, 24. 1.: Russ Meyer: Die Satansweiber von Tittfield (USA 1966/67)

Samstag, 25. 1.: J. Sanjinés: Yawar Mallku [Das Blut des Kondors] (Bolivien 1969)

Dienstag, 28. 1.: (Geänderte Anfangszeiten: 16 Uhr und 20 Uhr):

Eustache: Die Mama und die Hure (Frankreich)

Mittwoch, 29. 1.: Helke Sander: Eine Prämie für Irene (BRD 1972)

Freitag, 31. 1.: Elsa Rasbach: His-Story (BRD 1972)

J. Smith, L. Alaimo, E. Sorrin: The woman's film (USA 1970)

Samstag, 1. 2.: Ch. Reuter-Christiansen: Der Scharfrichter (Dänemark 1972) Claudia Alemann: Fundevogel (BRD)

Dienstag, 4. 2.: N. Kaplan: Moneten fürs Kätzchen (Frankreich 1969/70)

Mittwoch, 5. 2.: Christina Perincioli: Für Frauen — I. Kapitel (BRD 1972)

(Der 2. Film war bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt)

Anzeige

Sp!

Vergessen Sie Ihre Vorurteile! Informieren Sie sich über Korporationsarbeit! Wir — der VEREIN DEUTSCHER STUDENTEN ZU FRANKFURT/MAIN (VDS) — sind eine national-freiheitliche Korporation, seit Universitätsöffnung 1914 aktiv. Schreiben Sie uns eine Karte: Wir senden Ihnen sofort unverbindliches Informationsmaterial.

VDS, 6 Frankfurt/Main 1
Universitätspoststelle
Besuchen Sie uns: Freitags 20.00 c. t.
„Finkenhof“, Finkenhofstraße 17.